



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

AUSBLICK AUF DIE PRÄSIDENTSCHFTSWAHLEN

■ ANALYSE			
Der Kampf um die Wahlbeteiligung: Zunehmende Personalisierung der russischen Präsidentschaftswahlen 2018	2		
Margarita Zavadskaya (Aleksanteri Institute der Universität Helsinki / Higher School of Economics in St. Petersburg / Europäische Universität in St. Petersburg)			
■ GRAFIKEN ZUM TEXT			
Politisches Regime nach dem Polity-Index und Beschränkung der Exekutive in Russland	5		
■ ANALYSE			
Wahlbeteiligung und Wählermobilisierung bei landesweiten Wahlen in Russland	6		
Inga A.-L. Saikkonen (Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Åbo Akademi, Finnland)			
■ ANALYSE			
Die Rolle der russischen Systemopposition bei den Präsidentschaftswahlen: Antreten für den Status Quo	9		
Paul Bochtler (Humboldt-Universität zu Berlin), Theresa Lütkefend (Humboldt-Universität zu Berlin)			
■ ANALYSE			
Dr. Wladimir und Mr. Putin			
Zwei Botschaften an die Föderalversammlung	13		
Hans-Henning Schröder (Bremen)			
■ TABELLEN ZUM TEXT			
Statistik der »Botschaften an die Föderalversammlung« 2000 – 2018			17
■ DOKUMENTATION			
Kandidaten und Wahlkampfetappen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2018			20
■ UMFRAGE			
Voraussichtliche Wahlbeteiligung und Sonntagsfrage			22
■ RANKING			
Russen auf der Forbesliste 2018			24
■ DEKODER			
Bestechlich ist nicht gleich bestechlich in Russland			27
Oleg Kaschin (Republic)			
■ NOTIZEN AUS MOSKAU			
Pawel Grudinin – ein gar nicht so kommunistischer Kandidat			29
Jens Siegert			
■ CHRONIK			
12. Februar – 1. März 2018			32

Der Kampf um die Wahlbeteiligung: Zunehmende Personalisierung der russischen Präsidentschaftswahlen 2018

Margarita Zavadskaya (Aleksanteri Institute der Universität Helsinki / Higher School of Economics in St. Petersburg / Europäische Universität in St. Petersburg)

Zusammenfassung

Die Rolle der Präsidentschaftswahlen für die Aufrechterhaltung des autoritären Regimes unterscheidet sich von der Rolle, die Parlamentswahlen in Russland haben. Die Präsidentschaftswahl ist eng mit dem Ausmaß von präsidialer Macht und Personalisierung verbunden. Das politische Regime in Russland entwickelt sich zunehmend in Richtung eines konsolidierten personalisierten autoritären Regimes, in dem Präsidentschaftswahlen darauf abzielen, über eine Erhöhung der Wahlbeteiligung die Stärke des Regimes zu signalisieren und die Opposition zu spalten.

Einleitung

In dem bekannten Musical *Anatevka* nach dem Roman »Tevje, der Milchmann« von Scholem Alejchem fragt Tevje in einer der Episoden seine Frau Golde nach vielen Jahren Ehe plötzlich: »Liebst du mich?«. Verdutzt erwidert sie: »Ob ich dich liebe? Fünfundzwanzig Jahre lang habe ich deine Kleider gewaschen, dir Essen gekocht, dein Haus geputzt, dir Kinder geschenkt, die Kuh gemolken. Warum redest du jetzt, nach fünfundzwanzig Jahren, von Liebe?«. Die russischen Präsidentschaftswahlen werden dieses Jahr am 18. März stattfinden, am Jahrestag der offiziellen Eingliederung der Krim und mit Präsident Putin seit fast 20 Jahren an der Macht. Rhetorisch – um die Metapher fortzuführen – fragen die Wahlen, ob die russischen Wähler den Präsidenten immer noch unterstützen, jetzt, da der Effekt des »Sich-um-die Flagge-scharen« abgeebbt ist.

Neben Wladimir Putin gehen altbekannte Gesichter ins Rennen (Wladimir Schirinowskij von der LDPR, Sergej Baburin, der die Kleinstpartei »Russische Union des ganzen Volkes« vertritt, und Grigorij Jawlinskij von »Jabloko«), aber es gibt auch neue Gesichter. Zum einen ist da Ksenija Sobtschak mit ihrer »Bürgerinitiative«. Sie ist die Tochter von Putins ehemaligen Chef Anatolij Sobtschak und hat sich als »Kandidatin gegen alle« präsentiert. Dann kandidieren Pawel Grudinin, der für die KPRF als Kandidat an die Stelle von Gennadij Sjuganow getreten ist, und eindeutige *Spoiler*-Kandidaten wie Boris Titov von der »Wachstumspartei« und Maxim Surajkin, ein weiterer Kommunist.

Die Frage ist deshalb rhetorisch, weil niemand Zweifel hat, dass der Wahlausgang von vornherein feststeht. Die Frage ist jedoch: Warum werden die Wahlen eigentlich abgehalten? Und worin liegt deren Zweck für die Machthaber?

Wahlen: Stütze oder Falle?

Es besteht die Ansicht, dass in autoritären Regimen Wahlen ein zweiseitiges Schwert sind, das einer-

seits der Aufrechterhaltung der autoritären Herrschaft dienen soll, das sich aber andererseits unter bestimmten Umständen gegen seinen Herren richten kann. Einige behaupten sogar, dass wiederholte Wahlen Politiker und Wähler allmählich sozialisieren und an einem bestimmten Punkt das Regime demokratisieren würden. Allerdings gibt es genügend Hinweise, die dieser Ansicht entgegenstehen. Wiederholte Wahlen in Russland (Präsidentschafts- wie Parlamentswahlen) scheinen nicht zu einer Liberalisierung des Regimes zu führen. In autoritären Regimen bedeuten Wahlen auf vielfältige Weise eine Unterstützung: Sie verringern die Ungewissheit, die in allen nichtdemokratischen Regimen um sich greift, sie kooptieren Eliten und sie spalten die Opposition.

In dieser Hinsicht erfüllen die Parlamentswahlen in Russland eine Reihe von nützlichen Funktionen: Sie verteilen Macht, verteilen »Beute« und spalten die Opposition. 2003 absorbierte »Einiges Russland« eine große Zahl unabhängiger Mandatsträger sowie Abgeordneter anderer Parteien, 2007 implodierte die politische Bühne, die sich dabei auf vier »Systemparteien« reduzierte und die stärkeren Oppositionskräfte ausschaltete. 2011 liefen die Dumawahlen aus dem Ruder und führten zur massenhaften Protestbewegung »Für faire Wahlen«.

Neue Wahl- und Parteigesetze öffneten danach de jure die politische Bühne für andere Parteien. »Einiges Russland« kam bei den Dumawahlen im September 2016 mit 54 Prozent der Stimmen noch einmal mit einem blauen Auge davon, wobei es eine geringere Wahlbeteiligung, eine dürftige Berichterstattung in den Medien und in der Frühphase des Wahlgangs eine größere Anzahl von *Spoiler*-Parteien gab. Die Parlamentswahlen von 2003 waren auf Machtverteilung und weitreichende Kooptierung gerichtet. Die Wahlen von 2007, 2011 und 2016 sollten ein glaubwürdiges Signal der Stärke des Regimes senden. 2011 war die Regierung allerdings nicht in der Lage, dies zu erreichen.

Signal der Stärke

Die Rolle der Präsidentschaftswahlen bei der Aufrechterhaltung des autoritären Regimes unterscheidet sich von der Rolle der Parlamentswahlen und ist eng mit dem jeweils vorhandenen Ausmaß von präsidentieller Macht und Personalisierung verknüpft. In *parteilich gestützten* autoritären Regimen dienen Präsidentschaftswahlen vor allem zur internen Personalrotation und zur Informationsgewinnung, wie in Mexiko unter der »Partei der institutionalisierten Revolution« (PRI) oder in Tansania unter der »Chama-Cha Mapenduzi« (CCM; dt.: »Partei der Revolution«). Der Grad an Personalisierung ist in solchen Regimen begrenzt. Die Entwicklungsbahn des politischen Regimes in Russland hingegen verläuft in Richtung eines *personalisierten* autoritären Regimes, in dem Präsidentschaftswahlen darauf abzielen, dass das Regime seine Muskeln zeigt und die Unbesiegbarkeit des Regimes signalisiert.

Wladimir Putin kandidiert jetzt für seine letzte verfassungsgemäße Amtszeit als Präsident und versucht, mit erneuter Vehemenz seine politische Stärke zu signalisieren. Eine Kooptierung von Eliten spielt bei diesen Wahlen keine allzu große Rolle, da hier nur eine Person für das Amt kandidieren kann. Gleichwohl ist die Fähigkeit, ein starkes und überzeugendes Signal an die Eliten, die Wähler und die internationale Gemeinschaft zu senden, für Putins politisches Überleben und seine Pläne zur Machterhaltung von größter Bedeutung. Die verschiedenen Gruppen in der Elite sollen ein weiteres Mal verinnerlichen, dass der Amtsinhaber längst noch keine lahme Ente ist, dass er immer noch die Unterstützung der Bevölkerung besitzt und weiterhin als wichtigster Vermittler bei Verhandlungen und Konflikten innerhalb der Eliten fungiert.

Den Wählern soll vermittelt werden, dass es keine echte Alternative zu Putin gibt und die überwältigende Mehrheit der Mitbürger den Amtsinhaber begeistert unterstützt, selbst wenn einige (wenige) das nicht tun. Anhänger der Opposition würden die Botschaft empfangen, dass sie sich tief in Feindesland befinden und ihr Widerstand zwecklos ist. Schließlich würden die Entscheidungsträger im Ausland einen weiteren Beleg erhalten, dass Wladimir Putin ungeachtet seiner widersprüchlichen Außenpolitik massenhafte Unterstützung in der Bevölkerung genießt, sein wichtigstes politisches Kapital.

Die Frage der Wahlbeteiligung

Der Ausgang der anstehenden Wahlen im März lässt keine nennenswerte Spannung aufkommen. Die führenden Umfrageinstitute FOM und WZIOM veröffentlichen zu erwartende Stimmenanteile Putins von über 70 Prozent. Dem unabhängigen Meinungsforschungsin-

stitut »Lewada-Zentrum« ist es wegen seiner Einstufung als »ausländischer Agent« verboten, seine Umfrageergebnisse zu veröffentlichen. Das eigentlich Spannende entwickelt sich allerdings um die Frage der zu erwartenden Wahlbeteiligung, die ja das Ausmaß der massiven politischen Zustimmung demonstrieren soll, die der Präsident erfährt. Bei diesen Wahlen sind also die Zahlen zur Wahlbeteiligung verknüpft mit den Wahlergebnissen jene entscheidenden Parameter, die es zu maximieren gilt und die die Gouverneure der russischen Regionen sicherzustellen haben.

Laut den vorläufigen Berechnungen von FOM und WZIOM ist eine außerordentlich hohe Wahlbeteiligung zu erwarten, nämlich rund 80 Prozent. Wenn die tatsächlichen Zahlen dicht an diese Schätzungen herankommen, würde das Regime in Russland in dieser Hinsicht in die Nähe von Ländern rücken, in denen zur Wahl zu gehen kein Recht, sondern Pflicht ist, und wo das Nichterscheinen im Wahllokal empfindliche Strafen nach sich zieht. Die Zentrale Wahlkommission wie auch die Regional- und Kommunalverwaltungen legen sich mit allen Mitteln ins Zeug, um möglichst viele Wähler zu mobilisieren.

Im Januar und Februar dieses Jahres erhielten Tausende Wahlberechtigte persönliche E-Mails mit einer Erinnerung, dass sie ihren Stimmzettel abgeben können, auch wenn sie nicht dort wohnen, wo sie gemeldet sind. Oder sie erhielten Besuch von Mitarbeitern der Kommunalverwaltung oder Mitgliedern der Wahlkommission im Stimmbezirk. Die Zentrale Wahlkommission plant, 700 Millionen Rubel [umgerechnet knapp 10 Mio. Euro] auszugeben, um die Bevölkerung über die Möglichkeit der Stimmabgabe zu informieren. Die Zeitung »Wedomosti« berichtete, dass russische *spin-doctors* und Wahlfachleute beauftragt wurden, Vorschläge zu unterbreiten, wie die Wahlbeteiligung erhöht werden kann (<<https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2018/02/15/751020-yavka-vibori>>). Bei den anstehenden Wahlen sollen Wähler durch Unterhaltungsangebote mobilisiert werden, und durch ein breites Angebot an neuen Kandidaten, vor allem solchen mit widersprüchlichem politischen Hintergrund wie der TV-Prominenten Ksenija Sobtschak.

Die Frage des Boykotts

Der Wettbewerb bei den Wahlen erscheint unfair, wenn die Opposition an einer Teilnahme gehindert wird. Alexej Nawalnyj und seine Anhänger haben eine landesweite Kampagne zum Boykott der Wahlen gestartet, einen »Wählerstreik«, da Alexej Nawalnyj es nicht geschafft hatte, sich als Präsidentschaftskandidat registrieren zu lassen. Wenn eine hohe Wahlbeteiligung das Hauptziel des Kreml ist, dann trifft die Boykottkam-

pagne den Plan, möglichst viele Wähler zu mobilisieren, in seinem Kern.

In dieser Hinsicht ist es keine Überraschung, dass die Anführer von »Jabloko« (einer der Parteien der Systemopposition, denen eine Teilnahme an der Wahl gestattet wurde) erklären, die Boykottaufrufe zielten in die falsche Richtung. Folgt man deren Logik, sind Wahlverweigerer nicht besser als jene, die eh nicht zur Wahl gehen. Boris Wischnewskij formuliert es in der *Nowaja Gaseta* so: »[...] wenn die oppositionellen Wähler nicht bei vielen Wahlen der letzten Jahre »gestreikt« hätten, würden wir jetzt ein anderes Parlament haben, und vielleicht auch einen anderen Präsidenten« (<<https://www.nowyagazeta.ru/articles/2018/02/22/75592-privestivoih-ottolknut-chuzhih>>).

»Bürgerinitiative«, die Partei von Ksenija Sobtschak, und Pawel Grudinin von der KPRF vertreten den gleichen Ansatz: Oppositionelle Wähler sollten trotzdem zur Urne gehen, um für ihre Sache einzustehen und ihre Bürgerpflicht zu erfüllen. Aussagen solcher Art zeigen deutlich, wie die Präsidentschaftswahlen die Opposition spalten, indem einigen eine Kandidatur erlaubt wird und man anderen eine Teilnahme verwehrt.

Boykotte verringern die Wahrscheinlichkeit, dass es nach den Wahlen zu Protesten kommt, da die Wähler ja bereits wissen, dass die Wahlen nicht internationalen Standards genügen. Ein Wahlboykott kann aber unter personalisierter Herrschaft und unter bestimmten Bedingungen die vom Regime angestrebte Signalfunktion stören und womöglich mit Blick auf die Wähler und die internationale Gemeinschaft in stärkerem Maße einen Ansehensverlust bedeuten. Da Alexej Nawalnyj über keine Alternative verfügt, erscheint seine Strategie rational.

Abgleiten in Personalismus

Die erheblichen präsidentialen Machtbefugnisse und die Personalisierung, d. h. die Abhängigkeit der russischen Politik von der Person Putins, reduzieren das Demokratisierungspotential von Wahlen. Es sollte aber auch berücksichtigt werden, dass der Grad der Personalisierung in den vergangenen zwei Jahrzehnten zugenommen hat. Das politische Regime in Russland hat sich seit 2000 von fehlgeschlagenen Versuchen, eine funktionierende »Partei der Macht« aufzubauen, hin zu einem kaum gezügelten Personalismus entwickelt.

Dementsprechend hat sich die Rolle von Wahlen und Wahlbeteiligung verändert. So ist der Indikator der Beschränkungen und Kontrollen der höheren Ebenen der politischen Exekutive dem »Polity«-Projekt zufolge

von fünf im Jahre 1992 (was auf erhebliche Beschränkungen für die Exekutive verweist) auf drei (geringe bis mittlere Beschränkung) in den Jahren 1993 bis 1999 zurückgegangen. Nach 2000 bewegte sich der »Polity«-Indikator wieder zurück auf »erhebliche Beschränkungen«. Nach 2007 wurden die Beschränkungen wieder schwächer. Die Grafik im Anschluss an diesen Text zeigt die Ausschläge des »Polity-IV«-Index für Demokratie, der von –10 bis +10 reicht und bei dem 10 für rundum vollwertige Demokratien steht. Die Beschränkungen für die Exekutive sind eine Komponente des »Polity-IV«-Index, bei der gemessen wird, inwieweit die Exekutive im Zuge der demokratischen Gewaltenteilung institutionell durch Judikative, Legislative und andere politische Akteure Beschränkungen unterworfen ist. Mit anderen Worten: Das politische Regime in Russland hat seit 2007 die Funktionalität (und Neutralität) seiner Institutionen wieder verloren.

Die Personalisierung und die Deinstitutionalisierung gingen nach 2007 weiter. Der Polity-Indikator erfasst nur institutionelle Dimensionen, die sich auch in Gesetzen widerspiegeln. Betrachten wir allerdings die Veränderungen, die es bei den Nominierungsverfahren für Präsidentschaftswahlen gegeben hat, so erkennen wir, dass Dmitrij Medwedew 2008 von »Einiges Russland« nominiert und von einer Reihe anderer Parteien unterstützt wurde. Wladimir Putin wurde 2011 von »Einiges Russland« nominiert. 2017/18 kandidiert er allerdings als Unabhängiger. Diese kleinen Änderungen spiegeln die anhaltende Deinstitutionalisierung und die Schwächung der übrigen Parteistrukturen wider. Eine weitere Personalisierung der Macht dürfte unweigerlich die signalgebende Rolle der Wahlbeteiligung und die Spaltung der oppositionellen Wählerschaft und Parteien verstärken. Gleiches gilt für die Rolle der russischen Präsidentschaftswahlen als Anlass, die Muskeln spielen zu lassen.

Angesichts der Signal- und Spaltfunktion dieser Wahlen haben wir bereits eine dramatische Ungleichheit hinsichtlich des Zugangs auf die Wahlbühne feststellen können, die sich in der selektiven Anwendung der Gesetzgebung widerspiegelt. Wir können im Zusammenhang mit der Wählermobilisierung eine Zunahme der Unregelmäßigkeiten erwarten, und zwar einen massiven Einsatz administrativer Ressourcen und der Mobilisierung am Arbeitsplatz. Falls die reale Wahlbeteiligung dennoch geringer ausfällt, dürften auch die nachträglichen Manipulationen zunehmen, etwa durch Fälschungen bei der Ermittlung des Wahlergebnisses oder der Erstellung der Wahlprotokolle.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Informationen über die Autorin und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Margarita Zavadskaya promovierte in Sozial- und Politikwissenschaft am *European University Institute* (Italien). Gegenwärtig ist sie als Postdoc-Forscherin am Aleksanteri Institut der Universität Helsinki tätig sowie als leitende Wissenschaftlerin am Laboratorium für vergleichende Sozialforschung der *Higher School of Economics* und als Forscherin an der Europäischen Universität in St. Petersburg.

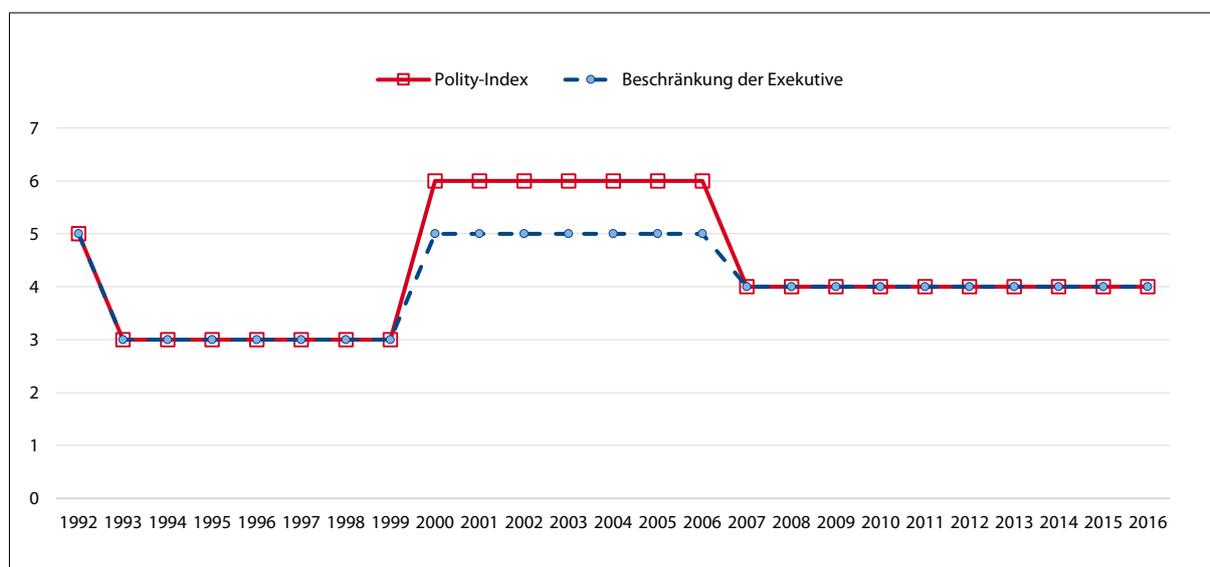
Lesetipps

- Smyth, R.; I. V. Soboleva: Navalny's Gamesters: Protest, Opposition Innovation, and Authoritarian Stability in Russia, in: *Russian Politics*, 1.2016, Nr. 4, S. 347–371.
- Morse, Y. L.: Presidential power and democratization by elections in Africa, in: *Democratization*, 25.2018, Nr. 4, S. 709–727.
- Smith, I. O. (2014). Election boycotts and hybrid regime survival. *Comparative Political Studies*, 47.2014, Nr. 5, S. 743–765.
- Zavadskaya, M.; M. Grömping, F.M. i Coma: Electoral Sources of Authoritarian Resilience in Russia: Varieties of Electoral Malpractice, 2007–2016, in: *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization*, 25.2017, Nr. 4, S. 455–480.

GRAFIKEN ZUM TEXT

Politisches Regime nach dem Polity-Index und Beschränkung der Exekutive in Russland

Grafik 1: Politisches Regime (Demokratie) nach dem Polity-Index und Beschränkung der Exekutive in Russland



Quelle: Polity IV Annual Time-Series, 1800–2016, <<http://www.systemicpeace.org/inscr/p4v2016.xls>>

Wahlbeteiligung und Wählermobilisierung bei landesweiten Wahlen in Russland

Inga A.-L. Saikkonen (Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Åbo Akademi, Finnland)

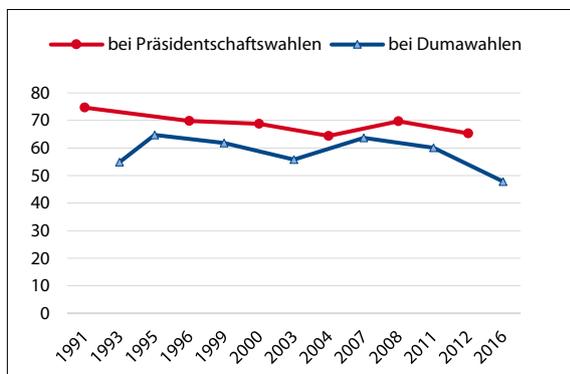
Zusammenfassung

Die Wahlbeteiligung in Russland ist bei Präsidentschaftswahlen generell höher, als bei Parlamentswahlen. Allerdings bestehen auch unterhalb der nationalen Ebene, zwischen den Regionen sowie innerhalb dieser beträchtliche Unterschiede. Bei den Dumawahlen 2016 war die Wahlbeteiligung drastisch gesunken. Eine geringe Wahlbeteiligung kann selbst bei einem überwältigenden Sieg des Amtsinhabers die Legitimität des Wahlergebnisses beeinträchtigen und Unzufriedenheit in der Bevölkerung signalisieren. Eine der wichtigsten Aufgaben der russischen Regierung bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen von 2018 dürfte daher die Mobilisierung der Wähler sein.

Entwicklung der Wahlbeteiligung bei landesweiten Wahlen

In Russland ist die Wahlbeteiligung bei Präsidentschaftswahlen traditionell höher als bei anderen Urnengängen, etwa bei den Parlamentswahlen. Grafik 2 zeigt die Wahlbeteiligung bei den russischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von 1991 bis 2016. Die Wahlbeteiligung bei Präsidentschaftswahlen ist seit den ersten »Gründungswahlen« 1991 etwas zurückgegangen. Der Wettbewerb ist bei Präsidentschafts- wie auch bei Dumawahlen seit den frühen 2000er Jahren erheblich schwächer geworden. Erfahrungen aus vielen Demokratien zeigen, dass die Erwartung eines engen Wahlausgangs die Wahlbeteiligung erhöht, da diese einen Anreiz für Wähler darstellen kann, zur Urne zu gehen. Gleichzeitig bewegt eine entsprechende Erwartung politische Parteien dazu, ihre Anstrengungen zur Wählermobilisierung zu erhöhen. Im

Grafik 2: Wahlbeteiligung in Russland bei Präsidentschaftswahlen und Wahlen zur Staatsduma 1991 – 2016



*Datenquellen: International Institute for Democracy and Electoral Assistance (<<https://www.idea.int/data-tools/data/voter-turnout>>); Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation (<<http://www.izbirkom.ru/region/izbirkom>>); Mercator and IGRAN: *Elektoralnyj spravotschnik »Rossijskije wybory w zifrach i kartach«* (CD-ROM, 2007).*

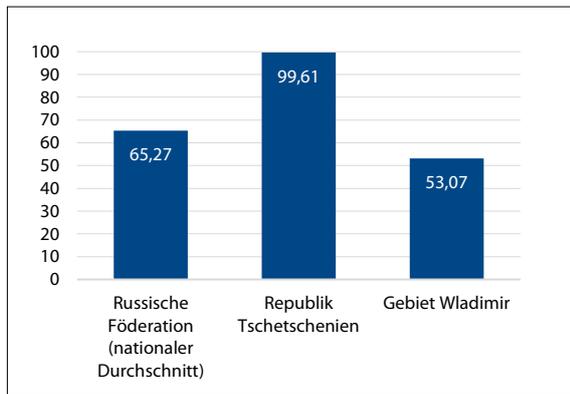
Unterschied hierzu ist bei landesweiten Wahlen in Russland das Ergebnis zunehmend vorhersagbar, was nicht zu steigender Wahlbeteiligung führt. Diese lag bei den Präsidentschaftswahlen 2012, die Wladimir Putin bequem mit 63,6 Prozent der Stimmen gewann, bei 65,3 Prozent.

Die Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen folgte im Großen und Ganzen dem Muster der Präsidentschaftswahlen. Die Beteiligung bei diesen Wahlen, die bis 2016 stets in kurzem zeitlichem Abstand voneinander abgehalten wurden, bewegte sich eng in die gleiche Richtung. Bei den Dumawahlen 2016 fiel die Beteiligung drastisch auf nur 47,8 Prozent, was gegenüber 2011 einem Rückgang von über 12 Prozentpunkten entspricht. Gleichzeitig war es die niedrigste Wahlbeteiligung bei einer landesweiten Wahl in Russland seit 1991. Das legt nahe, dass die russische Regierung erhebliche Anstrengungen unternehmen muss, um bei den kommenden Präsidentschaftswahlen die Beteiligung anzukurbeln.

Die Zahlen für ganz Russland verdecken jedoch erhebliche Unterschiede, die zwischen einzelnen Landesteilen bestehen. Eine geographische Streuung der Wahlbeteiligung gibt es in vielen Ländern, doch sind die Unterschiede zwischen den Regionen in Russland im internationalen Vergleich auffallend groß. Aus Grafik 3 ist ersichtlich, dass bei den Präsidentschaftswahlen 2012 die höchste Wahlbeteiligung in der Republik Tschetschenien registriert wurde, mit sowjetisch anmutenden 99,6 Prozent. In vielen anderen Regionen Russlands hingegen war nur knapp über die Hälfte der Wähler zur Wahl gegangen. Die geringste Wahlbeteiligung gab es mit 53 Prozent im Gebiet Wladimir (Zentraler Föderalbezirk). Somit betrug die Spanne zwischen der höchsten und der geringsten Wahlbeteiligung auf Regionsebene bemerkenswerte 46,6 Prozentpunkte.

Bei den Wahlen 2012 lag die Wahlbeteiligung in einer Reihe ethnisch begründeter Republiken bei über 90 Prozent, beispielsweise in der Republik Dagestan und der Republik Tjwa. Studien haben ergeben, dass bei landes-

Grafik 3: Regionen mit der höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung im Vergleich zum nationalen Durchschnitt bei den Präsidentschaftswahlen in Russland 2012



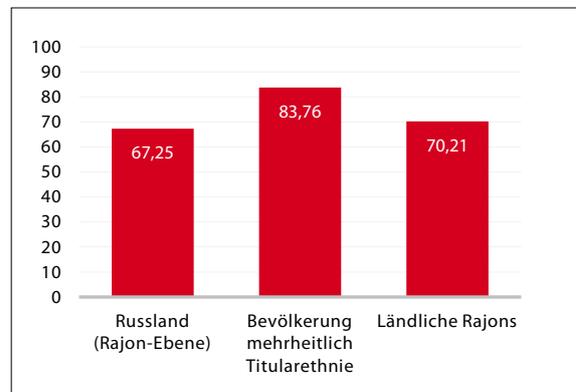
Quelle: Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation (<<http://www.izbirkom.ru/region/izbirkom>>)

weiten Wahlen die höchste Beteiligung eher aus Regionen mit einem hohen Bevölkerungsanteil von Angehörigen nationaler Minderheiten, aus Regionen im Nordkaukasus und aus rohstoffreichen Regionen vermeldet werden.

Darüber hinaus kann die Wahlbeteiligung bei landesweiten Wahlen in Russland ebenso stark zwischen den Kreisen (Rajons) *innerhalb* der Regionen wie zwischen den Regionen variieren [Rajons entsprechen in ungefähr den Land- und Stadtkreisen in Deutschland – Anm. d. Red.]. Die Wahlbeteiligung in Russland ist tendenziell in ländlichen Gebieten höher als in den städtischen Zentren. Auch Rajons, die zu großen Teilen von nichtrussischen Ethnien bewohnt sind, vermelden sehr viel höhere Wahlbeteiligungen als andere Gegenden. Hier stechen insbesondere Gebiete hervor, in denen Titularethnien leben, wie beispielsweise die Tataren in Tatarstan. Diese Muster spiegeln wohl die Anfälligkeit für klientelistische Mobilisierung wider.

Grafik 4 stellt die Unterschiede zwischen der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen 2012 in drei verschiedenen Rajon-Typen dar. Es ist zu erkennen, dass ländliche Rajons eine höhere Beteiligung verzeichnen als der Landesdurchschnitt. Dieser Unterschied (rund 16,5 Prozentpunkte) ist noch größer, wenn die Wahlbeteiligung in überwiegend von der Titularethnie bewohnten Rajons mit dem Landesdurchschnitt verglichen wird. Hinter der gesamtrossischen Wahlbeteiligung verbirgt sich also eine ganz spezifische Wahlgeographie, in der die Wahlbeteiligung in ländlichen Rajons und in Gegenden mit ethnischen Minderheiten wie auch auf regionaler Ebene in Regionen mit einem höheren Bevölkerungsanteil ethnischer Minderheiten sowie in den Regionen des Nordkaukasus tendenziell sehr viel höher ist.

Grafik 4: Wahlbeteiligung auf Ebene der Rajons bei den Präsidentschaftswahlen in Russland 2012



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation (<<http://www.izbirkom.ru/region/izbirkom>>); Föderaler Dienst für das staatliche Statistikwesen (Rosstat) (<http://www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat_main/rosstat/ru/>); Ergebnisse der russlandweiten Volkszählung von 2002 (<<http://www.perepis2002.ru/index.html?id=11>>); Berechnungen der Autorin

Diese Merkmale spiegeln wider, dass Wahlmanipulationen wie auch auf Wahlklientelismus relevant sind. In der Tat haben Studien gezeigt, dass Fälle von Wahlmanipulation im Nordkaukasus und in bestimmten Regionen mit besonderer ethnischer Prägung tendenziell häufiger sind.

Wählermobilisierung in Wahlautokratien

Wahlen in elektoralen autoritären Regimen wie dem russischen sind meist eine im Vorhinein entschiedene Angelegenheit, die keine Gefahr für die Machthaber darstellen. Allerdings hält diese Art Wahlen für die Regierung andere Dilemmata parat. Ein zentrales Problem besteht darin, wie eine »anständige« Wahlbeteiligung bei Wahlen ohne Wettbewerb erreicht werden kann. Wählermobilisierung zur Ankurbelung der Beteiligung, wie sie üblicherweise in Demokratien erfolgt, etwa über Medien und politische Parteien, kann in elektoralen autoritären Regimen Risiken bergen, da diese Methoden auch Anhänger der Opposition an die Urnen bringen kann. Wahlautokratien profitieren von der Apathie von Oppositionsanhängern und versuchen die Wahlen so weit wie möglich von »echten« politischen Kampagnen frei zu halten. Andererseits verringert der »langweilige« und nicht von inhaltlichen Debatten geprägte Charakter solcher Wahlen auch die eigentlichen Anreize für Wähler zur Wahl zu gehen.

Eine niedrige Wahlbeteiligung kann selbst bei einem überwältigenden Sieg für das Regime die Legitimität des Wahlergebnisses beeinträchtigen und eine »versteckte« Opposition in der Bevölkerung signalisieren. Daher greifen elektorale Autokratien gewöhnlich auf eine »selektive Wählermobilisierung« zurück, also auf eine Mobilisierung nur bestimmter Teile der Bevölkerung (vom Staat

abhängige oder sozio-ökonomisch bedürftige Gruppen) durch klientelistische Appelle, während der Kontext der Wahlen möglichst frei von programmatischen Debatten gehalten wird. Diese Bevölkerungsteile bedienen sich oft staatlich kontrollierter Medien, vor allem des Staatsfernsehens, um sich politisch zu informieren.

Wählermobilisierung in Russland und die Präsidentschaftswahlen 2018

Bei den Dumawahlen 2016 hatte es einen beträchtlichen Rückgang der Wahlbeteiligung gegeben und die Umfragedaten deuten darauf hin, dass sich diese Entwicklung bei den Präsidentschaftswahlen 2018 fortsetzen könnte. Einer Umfrage des »Lewada-Zentrums« vom Dezember 2017 zufolge hatten »nur 30 Prozent der Befragten ‚unbedingt‘ die Absicht, zur Wahl zu gehen, und weitere 28 Prozent wollen ‚wahrscheinlich‘ zur Wahl gehen.

Die Regierung in Russland hat versucht, das öffentliche Interesse für die Wahlen zu steigern, indem sie frische Namen auf den Stimmzettel brachte, etwa den Kandidaten der Kommunistischen Partei, Pawel Grudinin, und die Kandidatin der Partei »Bürgerinitiative«, Ksenija Sobtschak. Der Amtsinhaber, Präsident Putin, ist weiterhin populär, und ein Teil der Wähler wird zweifellos aus programmatischen Überlegungen heraus zur Wahl gehen. Allerdings liegt es nahe, dass der Druck, eine »ausreichend hohe« Wahlbeteiligung sicherzustellen, dazu führen wird,

dass die Anstrengungen zur »selektiven Wählermobilisierung« bei den anstehenden Wahlen intensiviert werden.

Bei vorherigen landesweiten Wahlen hatte die Wählermobilisierung auf Bevölkerungsgruppen abgezielt, die vom Staat abhängig sind, auf Angestellte staatlicher oder vom Staat kontrollierter Unternehmen, auf Studenten oder auf Menschen in einer schwierigen sozio-ökonomischen Lage wie Rentner oder die ländliche Bevölkerung.

Die Mobilisierung zum Erreichen einer bestimmten Wahlbeteiligung war bei früheren landesweiten Wahlen auch mit dem Einsatz von zwei besonderen Arten der Stimmabgabe verbunden, nämlich der Stimmabgabe mithilfe eines Wahlscheins am Arbeitsplatz oder an der Universität oder der Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals mit einer »mobilen« Wahlurne. Bei den Präsidentschaftswahlen 2012 hatte es für diese beiden Arten der Stimmabgabe Rekordzahlen gegeben: Über zehn Prozent aller abgegebenen Stimmen waren entweder mithilfe eines Wahlscheins oder »mobil« abgegeben worden. Wahlergebnisse können auch durch direkten Wahlbetrug gesteigert werden, indem die Ergebnisse der Stimmauszählung gefälscht werden oder Stimmzettel stapelweise abgegeben werden. Da ein echter Gegenkandidat fehlt und der Ausgang mehr als deutlich abzusehen ist, steht die Regierung bei den russischen Präsidentschaftswahlen unter wachsendem Druck, die offiziellen Zahlen über die Wahlbeteiligung hochzuschrauben.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Dr. Inga A.-L. Saikkonen ist Postdoc-Wissenschaftlerin am Institut für sozialwissenschaftliche Forschung der Åbo Akademi (Finnland). Ihr Forschungsinteresse konzentriert sich auf vergleichende Untersuchung von Demokratisierungsprozessen, elektorale autoritäre Regime und Wählerverhalten.

Lesetipps

- Clem, R. S.: Russia's Electoral Geography: A Review, in: Eurasian Geography and Economics 47.2006, Nr. 4, S. 381–406.
- Gelman, V.: 2017 Year in Review: Russian Domestic Politics, in: Russian Analytical Digest 2018, Nr. 213; <<http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/RAD213.pdf>>.
- Goodnow, R.; R. G. Moser, T. Smith: Ethnicity and electoral manipulation in Russia, in: Electoral Studies, 36.2014, S. 15–27.
- Kynev, A. V., V. S. Vakhshain, A. Y. Buzin and A. E. Lyubarev (2012). Vybory Prezidenta Rossii 4 marta 2012 goda: Analiticheskii doklad. Moscow, Golos; <<http://docplayer.ru/27676287-Vybory-prezidenta-rossii-4-marta-2012-goda-analiticheskii-doklad-m-golos-str.html>>.
- Mebane, W.; K. Kalinin: Electoral Fraud in Russia: Vote Counts Analysis using Second-Digit Mean Tests [Paper presented at the MPSA Annual Conference], Chicago, IL, 2010.
- Reuter, O.J.: 2016 State Duma Elections: United Russia after 15 Years, in: Russian Analytical Digest, Nr. 189, 2016.
- Saikkonen, I. A.-L.: Electoral Mobilization and Authoritarian Elections: Evidence from Post-Soviet Russia, in: Government and Opposition, 52.2017, Nr.1, S. 51–74; <<https://www.cambridge.org/core/journals/government-and-opposition/article/electoral-mobilization-and-authoritarian-elections-evidence-from-postsoviet-russia/905FFBEBB09169410FE6CFF09124DBA3/core-reader#>>.
- White, A. C.; R. G. Moser: Voter Turnout in Russia: A Tale of Two Elections – 1999 and 2011 [Paper presented at the MPSA Annual Conference], Chicago, IL, 2014.
- White, A. C.; I. A.-L. Saikkonen: More Than a Name? Variation in Voter Mobilization of Titular and Non-Titular Ethnic Minorities in Russian National Elections, in: Ethnopolitics, 16.2017, Nr. 5, S. 450–470.

Die Rolle der russischen Systemopposition bei den Präsidentschaftswahlen: Antreten für den Status Quo

Paul Bochtler (Humboldt-Universität zu Berlin), Theresa Lütkefend (Humboldt-Universität zu Berlin)

Zusammenfassung

Nach sechs Jahren im Amt hofft Wladimir Putin, nach den Präsidentschaftswahlen 2018 eine neue Amtszeit antreten zu können. Alles sieht danach aus, als ob ihm dies auch gelingen würde. Die parlamentarischen Oppositionsparteien zeigen sich auch dieses Jahr nicht willens, Putin in seiner Position ernsthaft herauszufordern. Als Akteure in einem autoritären System könnte es für die Parteien jedoch interessant sein, in einem gemeinsamen präelektoralen Bündnis für eine demokratische Transition einzutreten. Was sind die Abwägungen, die hier stattfinden und wieso entscheiden sich die Parteien gegen eine solche Strategie? Mögliche Antworten lassen sich in den vielfältigen Strategien zur Kooptierung oppositioneller Eliten, in dem Klima des Misstrauens, den Mechanismen, Akteure bei Wahlen auszuschließen, den starken präsidentiellen Befugnissen und der hohen Stabilität des Regimes finden. Russland ist auch 2018 ein exzellentes Beispiel für die erfolgreiche Pervertierung von Wahlen zur Stabilisierung eines autoritären politischen Systems.

Einleitung

Eines der Definitionsmerkmale von freien und fairen Wahlen sollte die vorherige Ungewissheit über den Ausgang sein – ein Merkmal, das bei den russischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2012 nicht gegeben war. Wirft man einen Blick auf die Wahlergebnisse, kann man sich fragen, warum Putins Konkurrenten nicht eine Koalition gebildet haben, um wenigstens den Ansatz einer Chance im Rennen um das Amt des Staatsoberhauptes zu haben. Stattdessen waren 2012 insgesamt fünf Kandidaten angetreten: Wladimir Putin für »Einiges Russland«, Gennadij Sjuganow für die KPRF, Wladimir Schirinowski für die LDPR, Sergej Mironow für »Gerechtes Russland« sowie Michail Prochorow als parteiunabhängiger Kandidat. Putin gewann die Wahlen mit 64 Prozent der Stimmen. Keiner der anderen vier Kandidaten hatte eine ernsthafte Chance Präsident zu werden. Sjuganow kam immerhin auf 17 Prozent der Stimmen, die restlichen Kandidaten waren weit abgeschlagen (Prochorow: 7,98%; Schirinowski: 6,22%; Mironow: 3,85%).

In solchen Kontexten ist es für die Opposition unter Umständen nur mithilfe einer starken präelektoralen Koalition möglich, eine echte Herausforderung darzustellen. Doch oft scheitern oppositionelle Bündnisse an den verschiedensten Hindernissen, bevor sie zu einer Gefahr für das bestehende Regime werden könnten. Wodurch könnte eine solche Kooperation ermöglicht werden und welche der Bedingungen hierfür sind in Russland gegeben? Woran ließe sich eine mögliche Koalitionsfähigkeit der Oppositionsparteien festmachen? Welche Faktoren haben in der Vergangenheit signifikanten Einfluss auf die Koalitionsbereitschaft von Oppositionsparteien gehabt?

Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, möchten wir kurz auf Theorien zur Funktion von Wahlen in autoritären Regimen sowie zu oppositioneller Koope-

ration eingehen und diese auf die letzten und die kommenden Präsidentschaftswahlen anwenden.

Elektoraler Autoritarismus und das politische System in Russland

Elektoraler Autoritarismus als eine Form defekter Demokratie beschreibt politische Systeme, die zwar demokratisch verfasst sein mögen, demokratische Prinzipien jedoch nicht realisiert oder institutionalisiert haben. In Russland besteht ein solches System, in dem zwar demokratische Prinzipien in der Verfassung festgeschrieben sind, jedoch nicht ausreichend oder gar nicht gewahrt werden. Wladimir Gelman beschreibt, wie das russische System »eine Fassade demokratischer Institutionen nicht nur bewahrt, sondern vehement ihre Sichtbarkeit erhöht und gleichzeitig deren Substanz unterhöhlt«. Wahlen, obwohl sie ihrer ursprünglichen Funktion, der Bestimmung eines Präsidenten durch allgemeine Wahlen, beraubt sind, haben also in autoritären Regimen trotzdem eine Funktion. Wenn wir Wahlen somit als eine Institution verstehen, welche einen Einfluss auf das Verhalten von Akteuren hat, entsteht ein ambivalentes Bild.

Zum einen können Wahlen autoritäre Herrscher stärken und die Halbwertszeit ihrer Regime verlängern, indem sie die Legitimität des Amtsinhabers auf eine wenn auch nur scheinbare demokratische Basis stützen. Darüber hinaus können sie für internationale Anerkennung sorgen, möglicherweise umstürzlerische Akteure in einen kontrollierten Kontext zwingen und sie kooptieren oder sogar zur Mäßigung ehemals radikaler Gruppen beitragen.

Präelektorale Koalitionen als Transformationsmechanismus

Andererseits können Wahlen jedoch unter widrigen Umständen – entsprechend ihrer ursprünglichen Funk-

tion – unvorhergesehene Ergebnisse provozieren und der Opposition zur Macht verhelfen. Es ist eine Eigenheit autoritärer Regime, nur über schwache Indikatoren für das wirkliche Stimmungsbild in der Gesellschaft zu verfügen. Unabhängige Umfragen und regelmäßige Wahlen garantieren Politikern in demokratischen Kontexten einen unerlässlichen Strom von Informationen über die Stimmung in der Bevölkerung. Fehlen diese, lässt das Wahlen zu einem Steuerungsproblem werden, insbesondere in politischen Kontexten, die in Bewegung geraten sind. Eine kohärente Oppositionsarbeit, womöglich gar ein Oppositionsbündnis, das einen gemeinsamen Kandidaten unterstützt, könnte für die Herrschenden gefährlich werden und zu einem Transformationsschritt führen. Doch auch für die Opposition sind Wahlen unter den beschriebenen Bedingungen ein schwieriges Unterfangen. Nachfolgend möchten wir kurz darauf eingehen, welche Bedingungen im internationalen Vergleich eine Kooperation verschiedener Oppositionsparteien besonders beeinflusst haben.

Solche präelektoralen Koalitionen oder Bündnisse möchten wir hier als ein Abkommen oder einen Vertrag zwischen politischen Parteien verstehen, der darauf ausgerichtet ist, die zu erringenden Wählerstimmen für einen gemeinsamen Kandidaten zu maximieren. Dafür muss jede Partei für sich eine positive Bilanz zwischen menschlichem Aufwand und dem Nutzen eines solches Bündnisses erkennen. Der Nutzen scheint auf der Hand zu liegen: Die allgemeinen Kosten, also sowohl menschliche als auch finanzielle Kosten, für den Wahlkampf können geteilt werden. Zudem kann ein gemeinsamer Wahlkampf das Mobilisierungspotential deutlich erhöhen und damit auch die Chancen für einen Wahlerfolg.

Gleichwohl sind solche Koalitionen nicht die Norm und insbesondere im russischen Kontext bisher noch nicht erfolgreich geschmiedet worden. Um die Faktoren für einen möglichen Erfolg oder Misserfolg solcher Initiativen zu strukturieren, haben wir diesbezügliche Annahmen in drei thematische Blöcke eingeteilt: Das institutionelle Umfeld, die Struktur der Opposition und die Beziehung zwischen Opposition und Regierung. Das institutionelle Umfeld sind die spezifischen Regeln und Prozesse, denen Akteure im politischen System Russlands unterworfen sind. Die Struktur der Opposition beschreibt die Zusammensetzung und Konfiguration der Akteure selbst und die Frage, inwiefern diese für kollektives Handeln von Wichtigkeit sein könnten, zum Beispiel die Frage nach der ideologischen Zersplitterung und den Beziehungen der Akteure zueinander. Die Beziehung zwischen Opposition und Regierung umfasst Faktoren wie das Stärkeverhältnis und die Stabilität des Regimes gegenüber Opposition sowie mögliche Strategien der Kooptation.

Institutionelles Umfeld

Die russischen Oppositionsparteien bewegen sich in einem spezifischen Kontext, der ihren Handlungsspielraum und ihre Kosten-Nutzen-Abwägung auf eine bestimmte Art und Weise beeinflusst. Im internationalen Vergleich ist insbesondere dem Wahlsystem und dem Umfang präsidentieller Befugnisse Rechnung zu tragen.

Das russische Wahlsystem, also die Regeln, nach denen Kandidaten nominiert und die Stimmen ausgezählt werden, kann der Opposition auf dreierlei Weise zum Verhängnis werden. Erstens steht es in der Macht des Amtsinhabers, die Spielregeln seinen Bedürfnissen anzupassen. Dazu gehören nicht nur prozedurale Regeln wie hohe Hürden für die Registrierung von Kandidaten, sondern auch das Zuschneiden von Wahlkreisen und die Möglichkeit, über Wahlkommissionen, die eigentlich die Rechtmäßigkeit der Wahlen überprüfen sollen, Kontrolle auszuüben.

In Russland sind die Erfordernisse für die Registrierung von Kandidaten im Vergleich zu 2012 zwar herabgesetzt worden, doch immer noch scheitert ein beträchtlicher Anteil von Kandidaten an den – dem Amtsinhaber zuträglichen – Hürden. In diesem Jahr gelang es nur acht von über 60 Anwärtern diese Hürden zu nehmen, da vor allem die unabhängigen Kandidaten häufig nicht rechtzeitig die für sie notwendigen 300.000 Unterschriften sammeln konnten. Damit stellt die Sammlung von Unterstützungsunterschriften weiterhin einen legalen Mechanismus zum Ausschluss von Anwärtern dar.

Weiterhin besteht im russischen Wahlsystem die Möglichkeit eines zweiten Wahlgangs, wenn keiner der Kandidaten mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt und dann eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten notwendig wird. Dies macht es äußerst unwahrscheinlich, dass Bewerber schon im ersten Wahlgang ihren Anspruch auf das Präsidentenamt zurückziehen und eine Koalition eingehen.

Zweitens ist es in autoritären Systemen nicht unüblich, dass der Amtsinhaber selbst seine eigenen Regeln nicht immer einhält oder sie nach seinen Bedürfnissen interpretiert. Auch in Russland ist Wahlfälschung ein relevantes Thema. Bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen wurden zahlreiche Unregelmäßigkeiten beklagt. Manipulationen stellen für ein stärkeres Oppositionsbündnis eine zusätzliche Herausforderung dar.

Drittens kann der Amtsinhaber durch kontinuierliche Änderungen der Wahlgesetzgebung institutionelle Unsicherheit erzeugen, wodurch Parteien ihre Strategien wiederholt an die zu erwartenden Folgen neuer Gesetze anpassen müssen. In Russland sind Änderungen der Wahlgesetzgebung alles andere als unüblich. Im Vorfeld der Parlamentswahlen im Jahr 2016 wurden unter anderem Wahlkreise neu zugeschnitten, die Abhängigkeit von staatlicher Parteienfinanzierung erhöht und die Registrierung

unabhängiger Kandidaten erschwert. Im Kontext von Präsidentschaftswahlen hat institutionelle Unsicherheit aufgrund häufiger Gesetzesänderungen allerdings keinen nennenswerten Einfluss, da die bisherigen Änderungen eher auf die Parlamentswahlen abzielen und speziell für die Oppositionskooperation keine relevanten Folgen haben.

Die Befugnisse des Präsidenten sind insofern wichtig, als dass sie der Nutzen sind, den die Parteien am Ende einer Kooperation unter sich aufteilen müssten. Das Amt des Präsidenten ist jedoch unteilbar, also birgt ein per Verfassung besonders starker Präsident die Gefahr, dass der Koalitionspartner, der im Falle eines Sieges den Präsidenten stellt, anschließend die Möglichkeiten hat, vorher getroffene Abmachungen nicht einzuhalten und lediglich den bisherigen Amtsinhaber zu ersetzen, anstatt politische Reformen durchzuführen oder die neuerlangten Positionen zu teilen. Die extrem starke und mit der Zeit immer weiter ausgebaut Position des russischen Präsidentenamtes hat dementsprechend einen negativen Einfluss auf die Kooperationsbereitschaft der Oppositionsparteien. Besonders gilt dies für die Möglichkeiten des Präsidenten, per Dekret im Zweifel auch ohne die Duma in politische Entscheidungsprozesse eingreifen zu können.

Struktur der Opposition

Innerhalb der Opposition gibt es drei Aspekte, die besondere Aufmerksamkeit verdienen: die ideologische Unipolarität des russischen Parteiensystems, ein möglicher *regime divide* hinsichtlich der KPRF und fehlendes Vertrauen.

Die KPRF ist zwar nicht die offizielle Nachfolgepartei der Kommunistischen Partei, doch fällt ihr allein aufgrund ihrer Größe eine Sonderrolle zu. In einigen postsowjetischen Staaten ist es bei anderen Parteien verpönt, mit der jeweiligen ehemals Kommunistischen Partei zu koalieren. In Russland ist dies jedoch nicht der wichtigste Grund für eine fehlende Koalition zwischen der KPRF und anderen Parteien.

Die Parteien in Russland werden oft als ideologisch diffus und vage bezeichnet. Im internationalen Vergleich wäre dies die perfekte Voraussetzung für ein breites Koalitionsbündnis, das auch ideologisch kompatibel wäre. Doch muss zusätzlich eine klare Abgrenzung vom Regime erkennbar sein, damit ein solches Bündnis möglich ist. Diese ist in Russland kaum gegeben. Für Oppositionsparteien in Russland, die zwar schwer auf fest definierten ideologischen Skalen einzuordnen sind, aber trotzdem eine feste Wählerschaft zufriedenstellen und aktivieren müssen, könnte ein Bündnis negative Folgen haben. Die Wählerschaft könnte dauerhaft zu einer anderen, ideologisch nicht unterscheidbaren Partei abwandern oder eine Koalition nicht gutheißen. Dies trifft im speziellen auf die Parteien »Gerechtes Russland« und KPRF zu, die sich zwar ideologisch nahe-

stehen, doch eine dezidiert unterschiedliche Wählerschaft ansprechen.

Außerdem ist der politische Kontext in Russland auch für die Oppositionsparteien von Misstrauen geprägt und dadurch nicht die beste Voraussetzung für ein gemeinsames Bündnis. Die Folgen eines Bündnisses für die Koalitionspartner wären katastrophal, sollte der gemeinsam ausgewählte Kandidat anschließend Abmachungen nicht einhalten. In demokratischen Systemen können Parteien auf eine meist lange Reihe von Koalitionserfahrungen zurückblicken, die dafür sorgt, dass sie sich gegenseitig vertrauen. Den Oppositionsparteien in Russland fehlt dieser positive Erfahrungsschatz rekurrierender und öffentlicher Verhandlungen.

Beziehungen zwischen Opposition und Regierung

Auch das wechselseitige Verhältnis zwischen Opposition und Regierung spielt eine Rolle für die Erfolgsaussichten oppositioneller Koalitionen. Genauer gesagt, geht es hier um die Kooptation von oppositionellen Akteuren und die Stabilität des Regimes, die einen negativen Einfluss auf die Kooperationsbereitschaft von Parteien der sogenannten »Systemopposition« haben. Beide Faktoren bedingen sich bis zu einem gewissen Grad gegenseitig, da das Kooptationspotential des Regimes mit zunehmender Stabilität wächst.

Was ist eigentlich Kooptation? Bertocchi und Spagat beschreiben sie als den Versuch, eine bestehende Gruppe aus Gegnern zu spalten und in ihren Forderungen zu mäßigen, indem einer der beiden neuen Gruppen entsprechende Kompensationen angeboten werden. Die Partei »Gerechtes Russland« ist ein gutes Beispiel für die erfolgreiche Kooptation einer Gruppe, die in der Gunst der Regierung steht und selbst auf regionalem Niveau nur gemäßigte Forderungen stellt. Die Gewinnung dieser Gruppe wird unter anderem durch das gezielte Abgeben von Sitzen in der Staatsduma forciert. So können Ressourcen kanalisiert werden, die der Erhaltung einer Scheinalternative zum Amtsinhaber dienen und die Optionen für ein Koalitionsbündnis von Oppositionsparteien weiter verringern.

In der Vergangenheit war die russische Präsidentschaftsadministration sehr effizient in der Fragmentierung oppositioneller Eliten, und zwar nicht nur mithilfe der Kanalisierung von Ressourcen, sondern auch durch eine geschickte Außenpolitik, die durchaus mit oppositionellen Zielen im Einklang stand. Die Stabilität des Regimes ist für die Opposition insofern wichtig, als dass bei einem fest zu erwartenden Wahlsieg des Amtsinhabers die Kosten einer Koalition durch keinen eindeutigen Nutzen kompensiert werden könnten. Keine der bestehenden Oppositionsparteien würde ihre Wähler-

schaft und aktuelle Position im Regime für ein wenig aussichtsreiches Projekt aufs Spiel setzen.

Neben der bereits beschriebenen, für die Opposition mit Schwierigkeiten behafteten Methode, aus Umfragen die politische Stimmung in Russland abzulesen, bleibt ihnen wenig übrig, um sich ein wahrhaftiges Bild über die Stabilität des Regimes und dessen Rückhalt in der Bevölkerung zu machen. Oft werden zu diesem Zweck auch wirtschaftliche Indikatoren herangezogen, die – zumindest in der Theorie – einen Einfluss auf die Stabilität des Regimes haben sollten. Eine aktuelle Einschätzung der Stabilität lässt vermuten, dass die Präsidentschaftswahlen auch dieses Jahr nur ein Nebenschauplatz der Oppositionsarbeit bleiben werden.

Viele internationale Theorien zur Kooperationsbereitschaft der Opposition in autoritären Regimen gehen davon aus, dass die Opposition an einer Transformation des politischen Systems interessiert ist. Das ist in Russland – zumindest hinsichtlich der parlamentarischen Oppositionsparteien – nicht der Fall. Insbesondere die Systemopposition, also Akteure, die einen geringen politischen Einfluss haben, überwiegend im Sinne und nach den Regeln der Machthaber handeln und keinen Wandel des politischen Systems anstreben, darf nicht als ein Akteur verstanden werden, der dem Regime in wirklicher Opposition entgegensteht, sondern muss vielmehr als ein nur notwendiger Bestandteil des zumindest formal demokratisch verfassten Staates Russland verstanden werden.

Doch wieso nehmen Oppositionsparteien dann überhaupt an Wahlen teil? Offensichtlich besteht von Seiten dieser Akteure ebenfalls ein Interesse am Status Quo, der durch vom Kreml mitgetragene Wahlen mit Kandidaten-»Alternativen« zu Putin weiter legitimiert wird. Diesem demokratischen Spiel entweder durch völlige Enthaltung seine Legitimität zu entziehen, oder aber eine echte Alternative anzubieten, würde vermutlich zum Verlust von Verhandlungspositionen gegenüber und Ressourcen von der Präsidentschaftsverwaltung führen. Parteien haben durchaus eine aktive Wählerschaft, durch die für sie der Zugang zu Ressourcen über Parlamentssitze verknüpft ist, die sie dann durch eine Nicht-Teilnahme verlieren könnten.

Auch bei den diesjährigen Präsidentschaftswahlen bestätigen sich diese Annahmen. Von den zugelassenen Kandidaten lässt sich bisher bei niemandem ein ambitionierter Wahlkampf erkennen. Zum einen treten altbekannte Gesichter wie Wladimir Schirinowski für die LDPR oder Grigori Jawlinski für Jabloko an.

Zweitens gibt es zwar auch neue Anwärter, wie Pawel Grudin, der überraschenderweise anstelle des Parteivorsitzenden Gennadij Sjuganov für die KPRF antritt, oder den TV-Star Ksenija Sobtschak, die als Unabhängige ins Rennen geht. Doch sind sich Experten weitgehend einig, dass der Kreml diese beiden Kandida-

ten begrüßt. Das kann man zum Beispiel anhand des hohen Maßes an Sendezeit in staatlichen Sendern ablesen, das ernstzunehmenden Herausforderern verwehrt bleibt. Beide sprechen jeweils ein breites Wählerspektrum an und geben der Wahl einen demokratischen Anstrich, durch den sich der Kreml eine erhöhte Wahlbeteiligung und somit mehr Legitimität erhofft, ohne dass Eingriffe und Manipulation in einem Ausmaß notwendig werden, das möglicherweise medienwirksam auf den autoritären Charakter der Wahlen verweisen würde.

Nun könnte man annehmen, dass die nichtsystemische Opposition es im Unterschied zur stabilitätssichernden Systemopposition eher schafft, ihre Kräfte zu bündeln und sich hinter einen gemeinsamen Kandidaten zu stellen, um somit eine ernsthafte Alternative darzustellen – doch weit gefehlt. Zwar ist Alexej Nawalnyj, der als einziger der Kandidaten einen ernstzunehmenden Wahlkampf führt, die derzeit zentrale Figur der nichtsystemischen Opposition. Bei der diesjährigen Wahl wurde ihm jedoch aufgrund einer Bewährungsstrafe die Kandidatur verweigert. Deshalb ruft er zu einem Wahlboykott auf, um die voraussichtliche Wiederwahl Putins durch eine geringe Beteiligung zu delegitimieren.

Doch nicht nur aufgrund der Steine, die ihr der Kreml in den Weg legt, sondern besonders aufgrund interner Streitereien und Machtkämpfe scheitert auch die nichtsystemische Opposition immer wieder mit dem Versuch einer erfolgreichen Kooperation. Dies wurde erneut im Vorfeld der Dumawahlen im Jahr 2016 deutlich, als die sogenannte »Demokratische Koalition«, bestehend aus mehreren dem liberalen Spektrum angehörigen Oppositionsparteien, weit im Vorfeld der Wahlen an ihren eigenen Differenzen zerbrach. Und dies, obwohl die Kosten-Nutzen-Abwägung im Rahmen von Parlamentswahlen aufgrund der zahlreichen zu verteilenden Positionen weitaus leichter fallen sollte, als vor einer Präsidentschaftswahl. Das Konzept der präelektoralen Koalition als Möglichkeit für eine Opposition, in einem autokratischen Land eine reale Alternative zum Machthaber darzustellen, hat somit in Russland, anders als in anderen Ländern, bisher keine Anwendung gefunden und wird es auch bei den diesjährigen Wahlen nicht.

Abzuwarten bleibt, wie sich das Bild 2024 ändert und ob Putin Weg und Willen findet, dann noch einmal zur Wahl anzutreten. Vielleicht schafft es die nichtsystemische Opposition bis dahin, ihre Querelen hinter sich lassen und gemeinsam an ihren doch sehr ähnlichen Zielen zu arbeiten. Vielleicht sieht dann sogar die Elite im inneren Machtbereich ihre Stunde gekommen und stellt sich gebündelt hinter eine andere Person. Von der derzeit im Parlament vertretenden Opposition ist in nächster Zeit jedenfalls wenig wahrhaftiger Widerstand zu erwarten.

Informationen über die Autoren und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autoren

Paul Bochtler ist Student der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. *Theresa Lütkefend* hat ebenfalls Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert und ist derzeit Carlo-Schmid-Stipendiatin bei den Vereinten Nationen in New York.

Dieser Beitrag ist in abgewandelter Form zuvor in der Zeitschrift »Democracy and Society« (2017, 14) erschienen unter dem Titel »Presidential Elections in Russia: Running for the Status Quo«.

Lesetipps

- Huskey, E., & Iskakova, G. (2010): The Barriers to Intra-Opposition Cooperation in the Post-Communist World: Evidence from Kyrgyzstan. *Post-Soviet Affairs*, 26(3), 228–262.
- Schedler, A. (2013): *The Politics of Uncertainty: Sustaining and Subverting Electoral Authoritarianism* (1st ed.). Oxford studies in democratization. Oxford [u. a.]: Oxford University Press.
- Van de Walle, Nicolas. (2006): Tipping games: when do opposition parties coalesce? *Electoral authoritarianism: The dynamics of unfree competition*, 77–94.

ANALYSE

Dr. Wladimir und Mr. Putin Zwei Botschaften an die Föderalversammlung

Hans-Henning Schröder (Bremen)

Zusammenfassung

Die alljährliche Berichterstattung des Präsidenten vor dem Parlament, die »Botschaft an die Föderalversammlung« fand diesmal mit Verspätung an einem neuen Ort statt und hatte Überlänge. Im Kern waren es eigentlich zwei »Botschaften«, die der Präsident vortrug: zunächst eine konventionelle, in der er 75 Minuten Fragen der Innen-, Sozial- und Wirtschaftspolitik behandelte, und danach eine 42 Minuten lange zweite »Botschaft«, die sich ausschließlich mit neuen russischen nuklearstrategischen Fähigkeiten befasste. Der erste Teil war im Wesentlichen eine nüchterne Bestandsaufnahme. Putin stellte Mängel fest und formulierte Zielvorgaben, benannte allerdings keine Maßnahmen, mit denen diese Ziele durchgesetzt werden könnten. Seine Rede verblieb im Allgemeinen und entwarf keine wirkliche Reformpolitik. Der zweite Teil der »Botschaft« konzentrierte sich auf Russlands nuklearstrategische Fähigkeiten und die Vorstellung neuer Waffensysteme. Mit deren Einführung – und das war die Kernaussage des zweiten Teils der »Botschaft« – mache Russland die amerikanische Raketenabwehr wirkungslos und gewinne so die nuklearstrategische Augenhöhe mit den USA zurück.

Dem außenstehenden Beobachter springen vor allem die Unterschiede zwischen den beiden Teilen der »Botschaft« ins Auge: auf der einen Seite eine nüchterne Analyse der inneren Lage, die Reformbedarf aufzeigt, aber kein glaubwürdiges Reformkonzept formuliert, auf der anderen Seite die Prahlerei mit »Wunderwaffen«, bei deren Vorstellung sich Ärger über erlittene Kränkungen mit der Genugtuung mischt, es der Welt so richtig zeigen zu können. Wie beides zu einem politischen Gesamtkonzept verbunden werden kann, blieb unausgesprochen.

Die alljährliche Botschaft an die Föderalversammlung

Die Vorbereitung und der Rahmen der diesjährigen »Botschaft an die Föderalversammlung« waren in mehrfacher Hinsicht ungewöhnlich. Sie wurde – nach wiederholter Verschiebung – erst auf den 1. März terminiert und nicht – wie seit 2008 üblich – auf ein Datum

im November oder Dezember. Putin hielt seine Rede nicht wie bisher im Kremlpalast, sondern im Manegen-saal, in dem mehr Leute Platz finden, und der auch mehr technische Möglichkeiten bot. Die Botschaft selbst war mit 117 Minuten um 49 Minuten länger als im Vorjahr, und wurde zudem erstmals durch PowerPoint-Graphiken und Videos unterstützt. Inhaltlich überraschte die

»Botschaft« durch den großen Zeitanteil – 42 Minuten –, die sie der strategischen Nuklearrüstung widmete.

Im Kern waren es eigentlich zwei »Botschaften«, die der Präsident vortrug: zunächst eine konventionelle, in der er 75 Minuten Fragen der Innen-, Sozial- und Wirtschaftspolitik behandelte, und danach eine 42 Minuten lange zweite »Botschaft«, die sich ausschließlich mit neuen russischen nuklearstrategischen Fähigkeiten befasste. Die beiden Teile fielen in Stil und Inhalt auseinander und hatten wohl auch unterschiedliche Adressaten: Die erste »Botschaft« richtete sich nach innen und orientierte sich an der eigentlichen Aufgabe der Veranstaltung, der Berichterstattung des Präsidenten vor den beiden Kammern des Parlaments. Die zweite sollte einerseits in der Bevölkerung den Stolz auf die militärische Leistungsfähigkeit des eigenen Landes verstärken, andererseits dem Ausland, insbesondere der Führung in Washington, signalisieren, dass Russland den Anspruch erhebt, als Nuklearmacht auf Augenhöhe mit den USA akzeptiert zu werden.

Die Entstehung der »Botschaft«

Die Vorbereitung der »Botschaft« für das Jahr 2017 gestaltete sich offenbar schwieriger als in den Vorjahren. Mitte November wurde bekannt, dass sie nicht mehr vor Jahresende stattfinden sollte, sondern in das nächste Jahr verschoben wurde. Zunächst war vom 8. Februar 2018 die Rede, dann meldete die Zeitung »Kommersant«, der Termin sei der 27. Februar, bis schließlich klar wurde, dass die Veranstaltung für den 1. März angesetzt war.

Naturgemäß fragt man sich nach den Ursachen für die mehrfache Verschiebung. Der Wunsch des Wahlkampfstabes der Präsidentschaft, die »Botschaft« in die Wahlkampagne für Putin einzubinden, erscheint als ein plausibles Motiv für die Terminänderung. Das würde allerdings nur erklären, warum die »Botschaft« nicht im Dezember 2017 vorgetragen wurde, sondern zwei Monate später, in der Nähe des Wahltermins. Die Unsicherheiten bei der Festlegung des konkreten Termins können damit nicht begründet werden.

Im Nachhinein bietet sich eine andere Erklärung an. Es ist üblich, dass bei der Vorbereitung der »Botschaft« die Ministerien und die Fachabteilungen der Präsidentschaft Textabschnitte vorbereiten und sich auch dafür einsetzen, dass Themen, die ihnen wichtig sind, in die »Botschaft« aufgenommen werden. Das ist ein eingespielter Prozess und es ist davon auszugehen, dass der Redevorwurf auch diesmal rechtzeitig vorbereitet worden ist.

Der Unsicherheitsfaktor kommt durch den zweiten Teil der Botschaft hinzu: Diese Abschnitte mit ihren aufwendigen Computersimulationen hat es so bisher nicht gegeben, und sie bedurften einer längeren Vorbe-

reitung, und nach Vorlage der Videos wahrscheinlich auch einer komplizierten Sicherheitsfreigabe. Man kann wohl auch mit Fug annehmen, dass nicht alle Institutionen und Personen, die in die Vorbereitung der Rede eingebunden waren, die Verschiebung des Schwerpunktes auf das Rüstungsthema begrüßten, das von den relevanten ökonomischen und sozialen Sachfragen ablenkte. Interne Diskussionen bei der Vorbereitung der »Botschaft« könnten die Schwankungen bei der Terminfindung erklären.

Es fällt auch auf, dass im Vorfeld – soweit zu überblicken – in den Medien nicht thematisiert wurde, dass nuklearstrategische Aufrüstung ein wesentlicher Punkt der Rede sein werde. Es wurde darüber spekuliert, dass sich der Präsident zur Rolle der Wissenschaft äußern und sich zugunsten größerer Freiräumen für Unternehmer aussprechen werde. Es wurde auch erwartet, dass er Zielvorgaben für die kommende Amtszeit machen würde, etwa im Sinne der (bislang bestenfalls dürtig umgesetzten) »Mai-Erlasse« des Jahres 2012, in denen Putin u. a. Garantien für Einkommenssteigerungen und den Ausbau der sozialen Sicherungen verkündet hatte.

Die Journalisten beriefen sich auf »Quellen« aus den Ministerien und Fachabteilungen, die mit der Vorbereitung der »Botschaft« befasst waren. Niemand von ihnen erwähnte einen Rüstungsschwerpunkt. Man muss daher annehmen, dass dieser Teil der Präsentation in anderen Teilen des Apparats formuliert worden ist, die dann auch durchsetzen konnten, dass die nuklearstrategische Rüstung ein zeitliches und optisches Übergewicht in der Rede erhielt. Das würde darauf hindeuten, dass Befürworter einer Demonstration militärischer Stärke erheblichen Einfluss auf das Auftreten des Präsidenten haben nehmen können.

Der »Botschaft« erster Teil: Zurück zu Medwedew

Präsident Putin leitete den ersten Teil seiner »Botschaft« mit der Feststellung ein, dass sich Russland an einem Wendepunkt befinde, und dass jeder Schritt das »Schicksal unseres Landes« auf Jahrzehnte hinaus bestimme. Das Streben nach Zukunft, »das Amalgam aus Tradition und Werten« garantiere die Kontinuität »unserer tausendjährigen Geschichte«. Es sei gelungen, in allen Lebenssphären Standfestigkeit und Stabilität zu gewährleisten. Russland sei eine Großmacht, auch wenn im sozialen Bereich das Niveau noch zu wünschen übrig lasse. Hier sei es notwendig einen entscheidenden Durchbruch zu erreichen.

In der Tat ist das politische System gegenwärtig ungefährdet. Die Wiederwahl des Präsidenten ist garantiert, breite Proteste wie im Dezember 2011 sind nicht zu erwarten. Der überwiegende Teil der Bevölkerung

akzeptiert das Regime, auch wenn insbesondere unter Jugendlichen Widerwillen spürbar ist. Der Administration ist es aber durch Behinderung der Arbeit oppositioneller Parteien und Repressionsmaßnahmen gegen potentielle Führungspersonlichkeiten gelungen zu verhindern, dass sich der Unwillen organisiert. Die Wirtschaft erholt sich nach der Ölpreis-Krise der Jahre 2014 und 2015 allmählich wieder, und die soziale Situation wird von einer Mehrheit als erträglich empfunden, auch wenn das durchschnittliche Realeinkommen seit 2014 spürbar gesunken ist.

Vor diesem Hintergrund formuliert Putin eine recht nüchterne Bestandsaufnahme. Er zeigt auf, dass es nicht gelungen ist, die positive demographische Entwicklung zu verstetigen und stellt fest, dass die Armut wieder zugenommen hat. Er fordert eine Absicherung der Renten und Anstrengungen, die Lebenserwartung zu erhöhen, die in Russland gegenwärtig bei 73 Jahren liegt, in Frankreich, Japan und Deutschland aber bei über 80 Jahren.

Er thematisiert die Notwendigkeit, die Wirtschaftsleistung pro Kopf zu erhöhen – hier lag Russland nach Angaben der Weltbank 2016 hinter Rumänien, Kasachstan und Kroatien an 55. Stelle, die Städte auszubauen, mehr Wohnungen zu schaffen und die Mittelklasse zu fördern. Er lobt die Leistungen beim Ausbau der Verkehrswege, fordert aber eine komplexe Modernisierung der Infrastruktur sowie Anstrengungen beim Umweltschutz. Zivilgesellschaftliche Beteiligung, Pflege der eigenen Kultur, die Verbesserung des Bildungssystems und der Berufsausbildung und ein Abbau der Hindernisse bei der Digitalisierung werden ebenfalls angesprochen. Der Präsident setzt auf die Förderung von Wissenschaft und Innovation. Das Wirtschaftswachstum soll beschleunigt und zu diesem Zwecke umfassend Investitionen angezogen werden. Die Produktivität soll gesteigert und der Export der verarbeitenden Industrie gestärkt werden. Putin lobte die Erfolge der russischen Landwirtschaft. Er forderte auch eine Verstärkung des Wettbewerbs und die Erweiterung unternehmerischer Freiheiten.

Die Punkte, die in der »Botschaft« angeführt werden, fassen prägnant das zusammen, was Ökonomen in Russland, in Europa, den USA und den internationalen Organisationen kritisch erörtern. Insofern ist der erste Teil der »Botschaft« durchaus auf dem Stand der Diskussion. Hier schlägt sich die nüchterne Arbeit der Regierung und der Zentralbank nieder, die sich bemühen, Russlands Wirtschaft nach den Ölpreiskrisen von 2008/2009 und 2014/2015 wieder voranzubringen. Putin verschweigt auch nicht, dass die Bilanz hier vorläufig eher mäßig ausfällt. Insofern erinnert die »Botschaft« 2017/2018 an Medwedews Programm aus dem Jahr 2009.

Medwedew hatte damals in seinem Artikel »Russland vorwärts!« eine wirtschaftspolitische Wende gefordert und in der Folge immer wieder sein Programm der »Vier I's« propagiert: Institutionen, Infrastruktur, Investitionen, Innovation. All das findet sich im März 2018 in Putins Rede wieder – neun Jahre nach dem gescheiterten Reformansatz Medwedews. Problematisch ist allerdings die Tatsache, dass Putin zwar die Mängel feststellt und Zielvorgaben formuliert, dass er aber keine Maßnahmen benennt, mit denen diese Ziele erreicht werden könnten. Seine Rede verbleibt im Allgemeinen und entwirft keine konzise Reformpolitik. Wie der »Durchbruch« an diesem »Wendepunkt« tatsächlich erreicht werden soll, verschweigt der Präsident.

Der »Botschaft« zweiter Teil: Zurück zu Breschnew

An die nüchterne Bestandsaufnahme der Sozial- und Wirtschaftspolitik schließt sich dann ein zweiter Teil an, der sich auf Russlands Rolle als nuklearstrategische Großmacht konzentriert. Eingeleitet wird er – und das ist vielleicht typisch für das Denken des Präsidenten und eines Großteils der russischen außen- und sicherheitspolitischen Elite – durch eine Klage über den Zerfall der Sowjetunion und den Verlust der Rolle einer nuklearen Supermacht. Die USA und die internationale Gemeinschaft hätten Russland lange Jahre nicht mehr ernst genommen. Am deutlichsten habe sich das im Jahre 2002 in der einseitigen Kündigung des ABM-Vertrages durch die Bush-Administration geäußert.

In der Tat haben die USA mit dem Ausbau der strategischen Raketenabwehr, die vorher durch den ABM-Vertrag reguliert worden war, einen Grundsatz des nuklearen Kräftegleichgewichts aufgegeben: das Prinzip der »gegenseitigen gesicherten Vernichtung« (*mutual assured destruction – MAD*). Eine leistungsfähige Raketenabwehr schränkt mit ihrem Ausbau in der mittelfristigen Perspektive die russische Fähigkeit zum atomaren Antwortschlag ein. Russland wäre dann nuklearstrategisch nicht mehr auf Augenhöhe mit den USA. Der russische Großmachtanspruch wird so in Frage gestellt. Der internationale Bedeutungsverlust, der damit einhergeht, ist ein Thema, das die russische außen- und sicherheitspolitische Elite seit Jahren beschäftigt. Für sie war die Kündigung des ABM-Vertrages eine traumatische Erfahrung. Putins Thesen auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Jahre 2007 erklären sich aus der Erinnerung an diese »Demütigung«, und auch die Ausführungen im zweiten Teil der »Botschaft« 2017/18 sind dadurch motiviert.

Der Präsident stellte in seiner Präsentation neue Waffensysteme vor, denen er die Fähigkeit zuschrieb, die amerikanische Raketenabwehr zu durchbrechen – und so das »Gleichgewicht des Schreckens« wiederherzustellen.

len. Es handelt sich um eine neue Interkontinentalrakete namens »Sarmat«, ein neuer Typ Marschflugkörper mit einer – durch Nuklearantrieb – erheblich gesteigerten Reichweite, eine Unterwasserdrohne – ebenfalls mit Nuklearantrieb –, ein neues Raketensystem im Hyperschallgeschwindigkeitsbereich namens »Kinshal« sowie einen Hyperschall-Raketengleiter namens »Awangard«. All diese Waffensysteme präsentierte der Präsident mit Hilfe von Videos, die deren Leistungsfähigkeit per Computersimulation demonstrieren sollten.

Die neuen Waffensysteme befinden sich nach Aussage der »Botschaft« im Endstadium der Entwicklung, einige sind derzeit in der Erprobung oder werden jetzt der Armee zugeführt. Mit ihrer Einführung – und das war die Kernaussage des zweiten Teils der »Botschaft« – macht Russland die amerikanische Raketenabwehr wirkungslos und gewinnt so die nuklearstrategische Augenhöhe mit den USA zurück. Der strategische Gleichstand der Ära Breschnew ist wiederhergestellt.

Das Erschreckende an der Vorstellung des Präsidenten war nicht die Präsentation neuer »einzigartiger« Waffensysteme, sondern das Fehlen jeglicher außenpolitischen Aussage. Außer der Feststellung, dass mit Russland wieder zu rechnen sei, findet sich im zweiten Teil der Rede keine relevante Idee. Putin entwirft keine Vorstellung von einer neuen Rüstungskontrollpolitik, bietet keine Gespräche für eine Revision der Rüstungskontrollabkommen an. Die Situation im Nahen Osten, in der Ukraine, das Fehlen eines funktionierenden Sicherheitssystems in Europa, die Zukunft des postsowjetischen Raumes – zu all dem hatte der Präsident nichts zu sagen.

Dieses Schweigen unterstreicht das Unvermögen (oder den Unwillen) der gegenwärtigen russischen Führung, politische Lösungen für die anstehenden Probleme zu entwickeln. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Fixierung auf das Trauma des sowjetischen Zusammenbruches gegenwärtig die Außenpolitik Russlands paralyisiert. Aber bloße Sehnsucht nach der Ära Breschnew kann internationale Sicherheitspolitik nicht ersetzen.

Dr. Jekyll und Mr. Hyde

Dem Beobachter springen die Unterschiede zwischen den beiden Teilen der »Botschaft« ins Auge: auf der einen Seite eine nüchterne Analyse der inneren Lage, die Reformbedarf aufzeigt, aber kein glaubwürdiges Reformkonzept formuliert, auf der anderen Seite die Prahlerie mit »Wunderwaffen«, bei deren Vorstellung sich Ärger über erlittene Kränkungen mit der Genugtuung mischt, es der Welt so richtig zeigen zu können. Außerstande, die auseinanderfallenden Teile zu einer zusammenhängenden Rede mit durchgehendem »roten

Faden« zu organisieren, stellt sich der Präsident als gesplante Persönlichkeit dar – einerseits der reflektierte Wirtschafts- und Sozialpolitiker, andererseits der Waffennarr, der außen- und sicherheitspolitische Defizite mit Computersimulationen kompensiert.

Warum es nicht gelungen ist, aus den Vorlagen der beteiligten Ressorts ein Redemanuskript zu erstellen, das die verschiedenen Ansätze zu einem glaubwürdigen Gesamtkonzept zusammenführt, ist von außen schwer zu bewerten. Offenbar haben die verschiedenen Zulieferer – Ministerien und Abteilungen der Präsidentschaftsadministration – ganz unterschiedliche Vorstellungen über die Politik der kommenden Amtszeit des Präsidenten. Und Putin selbst war anscheinend nicht in der Lage, aus den widersprüchlichen Vorlagen ein plausibles Gesamtkonzept zu entwickeln. Der Einfluss der Gruppen, die Russlands militärische Leistungsfähigkeit herausstellen wollten, um so die Großmachtposition zu dokumentieren, war groß genug, dass sie diese Position in der »Botschaft« dokumentieren konnten. Der Präsident und sein Apparat sind diesen Vorlagen gefolgt, wobei der Wunsch nach Rückgewinnung der Augenhöhe mit den USA gewiss auch dem Denken des Präsidenten und seines engeren Beraterstabes naheliegt.

Ob es sich bei den Fürsprechern der Demonstration militärischer Stärke um Militärvertreter handelte, um Repräsentanten des Rüstungsblocks oder um sicherheitspolitische Nostalgiker, ist von außen nicht zu erkennen. In der öffentlichen Diskussion im Vorfeld der »Botschaft« haben sie jedenfalls keine Rolle gespielt, intern waren sie aber stark genug, um das Bild einer gespaltenen Politik – Jekyll und Hyde – zu vermitteln. In jedem Fall sagt der zweite, nuklearstrategische Teil der »Botschaft« sehr viel über die Grundstrukturen des Denkens russischer außen- und sicherheitspolitischer Eliten aus.

In der Darstellung der eigenen Stärke zielt die Rede gewiss auch auf die Wahlkampagne. Der Stolz auf das eigene Land und die hervorgehobene Rolle Russlands in der Welt spricht einen großen Teil der Bevölkerung an. Die Großveranstaltung, die am folgenden Tag in Luschniki stattfand und die dem Vernehmen nach 100.000 Menschen im dortigen Stadion versammelte, trug denn auch den Titel »Für ein starkes Russland«. Wie dieses Ziel – Russland stark zu machen –, erreicht werden soll, wie man das Wirtschaftswachstum beschleunigen, soziale Gerechtigkeit herstellen und den Anschluss an die internationale technologische Entwicklung erreichen will, darüber ließ der Präsident kaum etwas verlauten. Wie Russland in den nächsten Jahren einen »Durchbruch« erreichen will, ist angesichts dieses Schweigens nur schwer zu erkennen.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrte am Osteuropa-Institut der FU Berlin Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa. Er war bis April 2017 der Herausgeber der Russland-Analysen, die er 2003 gemeinsam mit Heiko Pleines gegründet hat.

Lesetipps

Putins Rede auf Englisch: Presidential Address to the Federal Assembly. The President of Russia delivered the Address to the Federal Assembly. The ceremony took place at the Manezh Central Exhibition Hall, 1. März 2018; <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/56957>>.

TABELLEN ZUM TEXT

Statistik der »Botschaften an die Föderalversammlung« 2000 – 2018

Tabelle 1: Dauer und Umfang der Botschaften 2000–2018

Datum	Dauer, Minuten	Wörter	Zeichen	Sätze	Redegeschwindigkeit (Wörter pro Minute)
1. März 2018	117	11.506	74.416		98
1. Dezember 2016	68	7.322	47.224	442	108
3. Dezember 2015	57	6.197	40.325	428	109
4. Dezember 2014	70	7.139	46.076		102
12. Dezember 2013	69	7.550	49.875	521	109
12. Dezember 2012	81	9.159	56.848	594	113
22. Dezember 2011	64	6.452	42.975	426	101
30. November 2010	72	7.042	45.247	382	98
12. November 2009	100	9.548	62.864	613	95
1. November 2008	85	8.342	54.772	662	98
26. April 2007	72	8.076	52.271	555	112
10. Mai 2006	62	6.477	41.865	415	104
25. April 2005	48	5.220	33.793	344	109
26. Mai 2004	47	5.207	34.295	404	111
16. Mai 2003	65	6.005	38.695	488	92
18. April 2002	51	5.752	36.863	445	113
3. April 2001	63	6.318	40.567	414	100
8. Juli 2000	50	5.215	33.793	421	104

Präsidentschaft von Dmitrij Medwedew Präsidentschaften von Wladimir Putin

Quellen: <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1052867>>, 6. November 2008>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582>>, 13. November 2009>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1549197>>, 1. Dezember 2010>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1844061>>, 23. Dezember 2011>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=2088841>>, 13. Dezember 2012>; <<http://im.kommersant.ru/ISSUES.PHOTO/DAI-LY/2013/230/2013d230-01-01.jpg>>, 17. Dezember 2013>; <<http://www.kp.ru/daily/26316.4/3194879/>>, 5. Dezember 2014>; <<http://www.kommersant.ru/doc/2868565>>, 5. Dezember 2015; Kolesnikow, Andrej: *Wse swobodny, wsem dowolny. W swojom poslanii k Federalnomu sobraniju Wladimir Putin sosredototschilsja na swobodach, a ne na ugrosach*, in: *Kommersant*, 2. Dezember 2016 <<http://www.kommersant.ru/doc/3158495>>, 2. Dezember 2016>; <<https://www.rbc.ru/opinions/politics/01/03/2018/5a9815139a79475dbe801798?from=center2>>, 2. März 2018>; eigene Berechnungen auf Basis der Auswertung der Redetexte.

Tabelle 2: Häufigkeit von Schlüsselwörtern in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2000–2018

	Putin						Medwedew					Putin						
	2018	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Zahl der Wörter	11.506	7.322	6.197	7.139	7.550	9.393	6.452	7.042	9.548	8.342	8.076	6.477	5.220	5.207	6.014	5.778	6.435	5.185
wir	74	91	93	88	77	179	67	138	81	92	60	60	37	32	55	51	54	51
ich	20	15	12	7	12	27	36	54	35	15	12	9	3	5	10	9	9	18
muss	70	26	49	63	89	100	53	60	86	68	53	65	52	60	45	46	58	25
ich schlage vor ...	1	5	16	14	11	4	5	3	5	12	11	10	2	0	0	0	0	0
notwendig	77	45	55	52	56	81	36	68	89	65	54	65	35	58	30	47	31	32
Russland	94	63	55	72	56	101	35	35	60	44	74	46	65	95	95	56	46	60
Staat	21	15	23	33	30	43	33	35	51	28	45	29	59	32	43	48	62	97
Gesetz	6	9	13	17	14	27	26	23	35	38	17	9	22	3	11	37	53	22
einzigartig	7	1	0	1	0	2	1	4	2	1	2	1	1	1	1	0	1	0
Durchbruch	12	0	1	0	2	2	1	1	1	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Politik	5	7	6	12	8	34	10	18	27	33	23	16	14	12	46	19	26	33
Demokratie	2	1	0	1	1	6	3	5	8	26	7	2	23	8	4	1	1	12
Freiheit	5	7	11	14	4	4	7	5	1	29	4	2	31	9	7	7	8	24
Entwicklung	47	35	20	23	44	45	27	19	40	28	35	33	25	30	11	16	12	21
Reformen	0	0	1	1	4	0	4	2	2	7	5	5	3	7	13	17	15	4
Modernisierung	6	2	2	0	1	3	13	24	20	2	7	7	1	8	4	5	1	1
Globalisierung, global	11	7	6	5	7	5	7	2	2	13	1	8	2	4	3	1	1	1
Wirtschaft	42	41	31	27	23	36	16	24	33	37	34	30	26	47	64	58	54	51
Technologie	38	24	17	20	16	9	12	16	39	8	18	12	0	1	4	6	2	1
Innovation	2	0	0	0	3	0	3	6	14	6	3	5	0	0	0	0	0	1
Unternehmer	11	8	8	5	5	4	3	1	5	3	4	7	6	2	6	10	8	11
Oligarchen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Krise	1	2	0	0	1	2	16	7	10	17	2	0	0	1	3	2	1	4
Sanktionen	1	2	0	4	0	0	0	4	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1
Offshore	0	0	0	1	5	4	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Investitionen	6	4	2	6	5	4	2	7	9	1	10	6	4	3	2	4	3	7
Korruption	3	2	2	0	3	6	8	3	11	9	1	2	1	1	0	4	1	5
Zukunft	14	12	6	3	3	10	5	6	83	7	16	3	6	3	4	0	6	3
es wird ...	34	22	12	15	21	25	22	13	28	52	16	9	18	15	16	4	9	7
Vergangenheit	14	5	10	3	5	7	1	4	6	2	8	5	6	5	9	7	10	2
Militär	19	2	5	1	11	4	10	4	7	9	15	20	3	10	6	5	2	1
Armee	8	1	2	2	2	2	4	6	0	4	2	17	0	6	8	4	2	0
Terrorismus	0	3	23	6	1	0	2	0	2	1	1	9	6	7	8	5	3	3
Krieg	3	1	2	1	2	4	0	0	3	0	0	2	0	0	0	3	1	1
»Kalter Krieg«	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	1	0	1
Sicherheit	11	4	2	9	5	6	10	8	10	10	8	8	4	6	5	6	3	2
Gesellschaft	14	19	20	14	27	40	19	17	32	23	20	10	40	19	25	11	14	25
Zivilgesellschaft	3	2	5	3	5	9	1	4	6	5	4	2	6	9	6	1	0	7
NGOs	1	19	3	2	2	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Mensch	18	9	4	7	12	11	7	9	10	14	5	6	13	7	12	3	4	5

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Häufigkeit von Schlüsselwörtern in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2000–2018 (Fortsetzung)

	Putin						Medwedew				Putin							
	2018	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Demographie	6	1	6	3	3	8	1	4	2	0	1	6	1	1	1	0	0	1
Familie	7	2	6	3	6	8	10	7	4	2	2	13	0	3	1	1	3	0
Kinder	14	6	10	4	6	10	23	39	11	3	0	16	3	4	0	2	2	4
Kind	3	1	5	3	0	7	1	20	1	0	0	17	1	0	0	0	0	0
sozial	15	14	8	19	14	16	12	16	24	17	11	16	9	18	7	4	17	14
Gesundheit	9	8	3	5	3	4	3	11	8	8	1	2	4	2	3	6	4	1
Renten	4	0	0	0	1	3	13	5	3	12	27	4	1	1	4	3	17	3
Wohnraum	6	4	2	1	16	16	12	12	3	0	15	6	2	15	2	10	0	1
Wohnung	0	0	0	0	0	1	6	0	2	0	2	1	0	3	0	0	0	0
Armut	3	0	0	1	0	1	2	1	1	1	3	6	2	4	3	1	0	1
Schule	11	11	8	13	14	12	9	14	26	18	2	5	1	2	1	1	1	0
Bildung	16	11	8	14	18	18	8	12	18	14	1	9	5	24	3	1	21	6
Wissenschaft	8	16	1	7	11	11	6	2	11	3	15	5	5	4	2	11	12	1
Heimat, Vaterland	6	8	5	12	3	11	2	4	11	2	8	5	4	6	4	5	8	4
Patriot	0	1	1	3	1	7	0	3	1	1	1	1	0	0	0	0	0	3
Identität	1	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einheit	2	2	1	2	2	3	0	1	3	5	3	2	1	2	3	0	1	7
Werte	2	2	2	4	7	5	5	5	8	20	5	4	12	3	3	0	0	5
Moral	0	0	1	1	1	4	0	0	2	4	4	0	2	0	1	0	1	2
Sitte	3	3	2	0	3	9	1	1	2	5	3	1	6	1	1	0	0	1
Tradition	2	3	6	6	9	11	1	1	6	4	3	3	4	1	3	0	3	2
Macht, Großmacht	2	0	0	2	2	0	0	1	2	0	0	5	0	1	3	0	0	0
USA	14	2	0	4	1	0	1	0	0	1	1	0	0	2	0	0	0	0
Amerika	8	2	0	5	0	3	1	3	1	9	3	4	0	0	1	0	0	0
EU	0	2	0	1	0	0	0	0	0	1	1	1	1	1	0	0	0	0
Europa	4	2	1	4	2	1	5	5	3	8	11	3	6	5	8	2	5	1
NATO	4	0	5	1	3	3	0	2	3	3	6	0	1	0	0	1	2	3
Eurasien	3	3	3	2	3	1	4	3	0	2	2	1	1	1	1	0	1	0
Zollunion	0	0	2	3	3	4	4	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ukraine	0	0	0	17	3	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
China	2	2	1	0	0	0	1	3	1	1	0	1	0	2	0	0	0	0
Asien	1	1	1	1	0	1	1	1	0	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Syrien	1	1	8	0	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ATR (Asiatisch-Pazifische Region)	1	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SCO (Shanghai Cooperation Organisation)	0	1	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Angaben der Tageszeitung »Kommersant« vom 13. Dezember 2012, 13. November 2009, 27. April 2007, 11. Mai 2006 und 4. Dezember 2015 <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=762877>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=672333>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=2088841>>; <<http://www.kommersant.ru/doc/2868565>>; ferner eigene Berechnung auf Basis der Auszählung der Texte.

Kandidaten und Wahlkampfetappen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2018

Die folgende Dokumentation basiert auf Auszügen aus einer umfassenden russischsprachigen Analyse des Wahlkampfes und vor allem der Kandidatenregistrierung bei den Präsidentschaftswahlen 2018, bereitgestellt von der russische Bewegung »Golos«, die sich auf Wahlbeobachtung spezialisiert hat, und der »Europäischen Plattform für demokratische Wahlen« (epde.org). Wir danken »Golos« für die exklusive Zusammenstellung dieser Dokumentation. Auszüge in englischer Übersetzung sind im Internet zugänglich unter <<http://bit.ly/2Fugiy5>> und <<http://bit.ly/2Hehkvk>>.

*Die Redaktion der Russland-Analysen
Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder*

Neuerungen im russischen Wahlrecht

In den Jahren 2012 bis 2017 sind 15 Mal Änderungen am Föderalen Gesetz »Über die Wahl des Präsidenten der Russischen Föderation« vorgenommen worden. Insgesamt wurden 59 der 87 Paragraphen und sämtliche vier Anhänge dieses Gesetzes verändert. Darüber hinaus sind Bestimmungen des Föderalen Gesetzes Nr. 67 »Über grundlegende Wählerrechte und das Recht zur Teilnahme an Referenden für Bürger der Russischen Föderation« geändert worden, die die Wahl des Präsidenten Russlands betreffen, nämlich die Bildung der Stimmbezirke, die Berufung der Wahlkommissionen, die Fristen für Einsprüche gegen Wahlergebnisse.

Die Gesetzesänderungen zielten in unterschiedlicher Richtung. Zu den Neuerungen, die eine Demokratisierung des Wahlprozesses befördern, gehören: die drastische Reduzierung der zur Registrierung eines Kandidaten erforderlichen Unterschriftenzahl von zwei Millionen (1,8 % der Wahlberechtigten) auf 100.000 für Anwärter, die von nicht im Parlament vertretenen Parteien nominiert wurden, und auf 300.000 für parteiunabhängige Anwärter (Mai 2012); Ermöglichung einer Stimmabgabe für Bürger, die nicht unter ihrer Meldeadresse wohnhaft sind sowie einige Erleichterungen für Wahlbeobachter am Wahltag (Änderungen von 2017). Ein großer Teil der Änderungen aus den Jahren 2012 bis 2016 wies jedoch in die entgegengesetzte Richtung: Es gibt neue Einschränkungen des passiven Wahlrechts, zusätzliche Beschränkungen bei der Registrierung als Kandidat und es erfolgte eine Reduzierung der Fristen für Beschwerden gegen Wahlergebnisse.

Einen Überblick über die für die Wahlen 2018 gültigen Registrierungsanforderungen für Präsidentschaftskandidaten gibt die unten folgende Tabelle 3.

Tabelle 3: Registrierungsanforderungen für Präsidentschaftskandidaten nach Art der Nominierung

Kategorien der Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen in Russland		
Von Parlamentsparteien nominierte Kandidaten	Kandidaten nicht im Parlament vertretenen Parteien	Parteiunabhängige Kandidaten
Voraussetzungen für eine Registrierung:		
Verfügt über passives Wahlrecht	Verfügt über passives Wahlrecht	Verfügt über passives Wahlrecht
Nominierung auf einem Parteitag (mindestens 43 Delegierte)	Nominierung auf einem Parteitag (mindestens 43 Delegierte)	Nominierung durch Versammlung der Initiativgruppe (mindestens 500 Teilnehmer)
Einreichung der erforderlichen Dokumente	Einreichung der erforderlichen Dokumente	Einreichung der erforderlichen Dokumente
Eröffnung eines Wahlkampfkontos	Eröffnung eines Wahlkampfkontos	Eröffnung eines Wahlkampfkontos
	Sammlung von 100.000 Unterstützungsunterschriften	Sammlung von 300.000 Unterstützungsunterschriften

** Farblich hervorgehoben die zusätzlichen Auflagen*

Die Auswahl und Registrierung von Kandidaten

Über vier Etappen hinweg hat die Zahl der Bewerber um den Posten des russischen Präsidenten im Vorfeld der Wahlen 2018 drastisch abgenommen. Aus 70 Subjekten der Russischen Föderation hat die Zentrale Wahlkomitee (ZWK)

anfänglich von 24 politischen Parteien und 46 Bürgern, die sich selbst nominiert haben (Parteiunabhängige), Ankündigungen über Veranstaltungen zur Nominierung von Bewerbern für die Präsidentschaftswahlen erhalten.

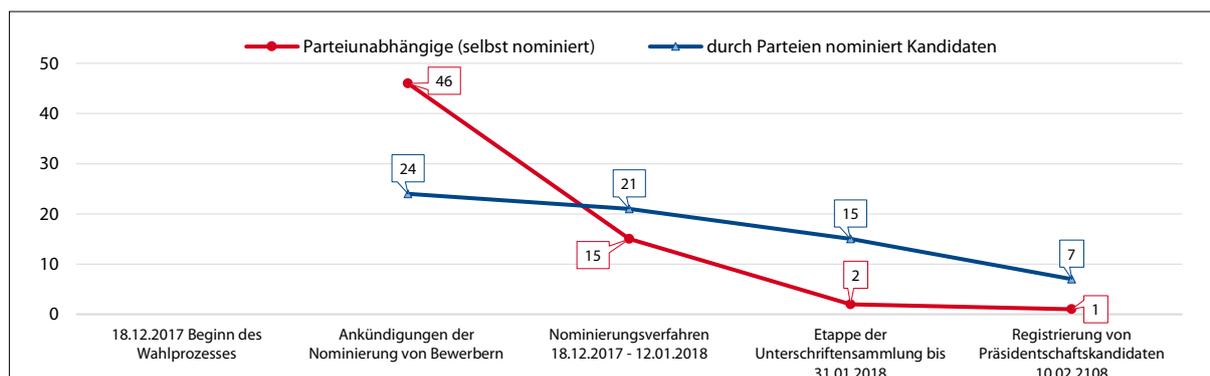
In einer zweiten Etappe sind bei der ZWK insgesamt 36 (21 + 15) schriftliche Anträge auf Teilnahme am Nominierungsverfahren eingegangen. Die Gründe für das Ausscheiden von Bewerbern waren unterschiedlich, u. a. sind zwei Kandidaten doppelt nominiert worden; die vorgeschriebenen Voraussetzungen bei einer Parteienominierung durch den jeweiligen Kongress (bzw. bei parteiunabhängigen Bewerbern durch die Initiativgruppe) sind nicht erfüllt worden, (weniger als 43 Delegierte oder 500 potentielle Wähler s. dazu auch Tabelle 3). Zudem wurden Anträge auf Teilnahme am Nominierungsverfahren aus formalen Gründen abgelehnt (hierbei wurden die gesetzlichen Bestimmungen wörtlich und nicht sinngemäß zu Ungunsten der Bewerber ausgelegt): die ZWK sei zu spät über die Durchführung einzelner Parteikongresse informiert worden, obwohl Mitglieder der ZWK an den Kongressen teilnahmen; Versammlungen von Initiativgruppen für parteiunabhängige (selbst nominierte) Bewerber wurden nicht angemeldet; es gab einzelne fehlende, falsch ausgefüllte oder nicht notariell beglaubigte Antragsunterlagen sowie Verstöße bei Nominierungskongressen. Zwei Bewerbern, darunter Alexej Nawalnyj, wurde das passive Wahlrecht abgesprochen, da sie in Strafverfahren verurteilt worden sind. Einem weiteren Bewerber wurde durch ein russisches Gericht die Nominierung abgesprochen, da er einen Aufenthaltstitel eines ausländischen Staates (Finnland) besitzt. Auf diese Weise sind weitere 17 Bewerber, überwiegend selbst nominierte, ausgeschieden. Die ZWK genehmigte so 19 Kandidaturen. Unmittelbar nach Bekanntgabe durch die ZWK zog der Bewerber der »Sozialdemokratischen Partei Russlands« seine Kandidatur zu Gunsten von Wladimir Putin zurück. Die Kandidatur eines weiteren Bewerbers wurde durch das Oberste Gericht aufgehoben.

In der dritten Etappe standen 17 Bewerber fest. 15 davon erhielten das Recht auf Unterschriftensammlung im Vorfeld der Wahlen. Zwei Bewerber, Wladimir Schirinowskij und Pawel Grudinin wurden durch die Zugehörigkeit ihrer Partei zur Duma (s. Tabelle 3) im vorhergehenden Nominierungsprozess als gültige Präsidentschaftskandidaten registriert. 6 Bewerber konnten erfolgreich die verlangte Anzahl an Unterschriften sammeln und konnten sich somit als Präsidentschaftskandidat für die Wahlen registrieren lassen. Gründe für das Ausscheiden der übrigen 9 Bewerber waren u. a.: Rückzug der Kandidatur, weil auf Parteimitglieder Druck ausgeübt wurde; Unzufriedenheit über den Ablauf der Wahlen (»Wahlen sind eine Farce«); fiktive Gründe; weil nicht genügend Unterschriften gesammelt werden konnten (in einem Fall konnten angeblich die fehlenden 10 000 Unterschriften nicht rechtzeitig durch die russische Post an die ZWK zugestellt werden); zwei Bewerber verzichteten zu Gunsten von Wladimir Putin; ein Bewerber verzichtete auf das Einreichen von Unterschriften.

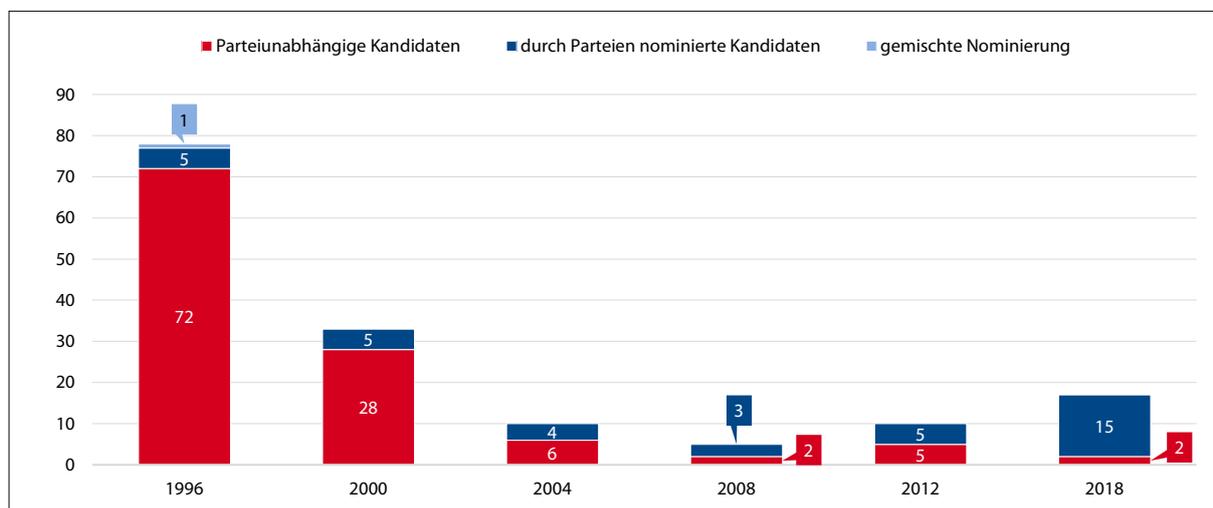
In der Endetappe haben sich folgende 8 Kandidaten erfolgreich zur Wahl des Präsidenten registrieren lassen können (in alphabetischer Reihenfolge, so wie sie auf dem Stimmzettel aufgelistet werden):

1. Sergej Baburin (Russische Union des ganzen Volkes),
2. Pawel Grudinin (KPRF),
3. Wladimir Schirinowskij (LDPR),
4. Wladimir Putin (Selbstnominierung),
5. Ksenija Sobtschak (Bürgerinitiative),
6. Maksim Surajkin (Kommunisten Russlands),
7. Boris Titow (Wachstumspartei),
8. Grigorij Jawlinskij (Jabloko)

Grafik 5: Anzahl der Bewerber bei den Präsidentschaftswahlen 2018 in Russland



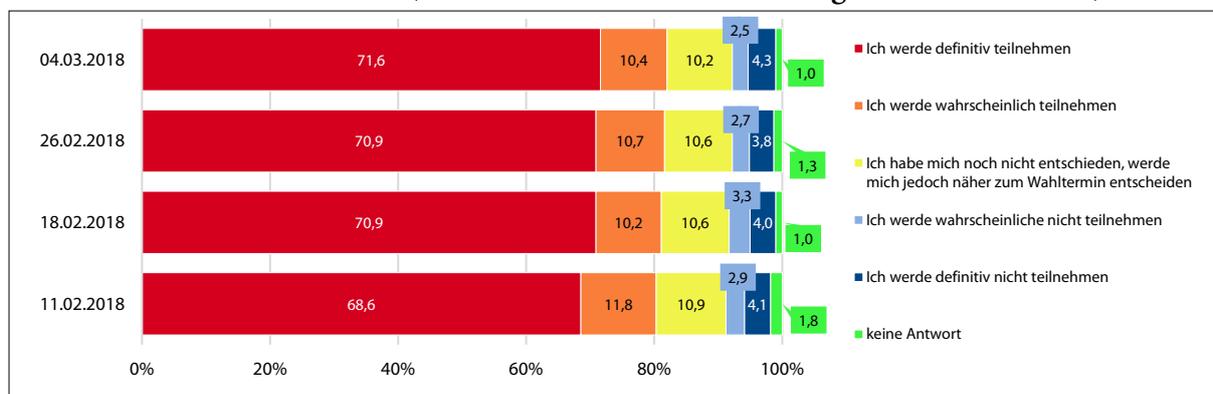
Grafik 6: Kandidaten nach Art der Nominierung bei Präsidentschaftswahlen in Russland 1996 – 2018



UMFRAGE

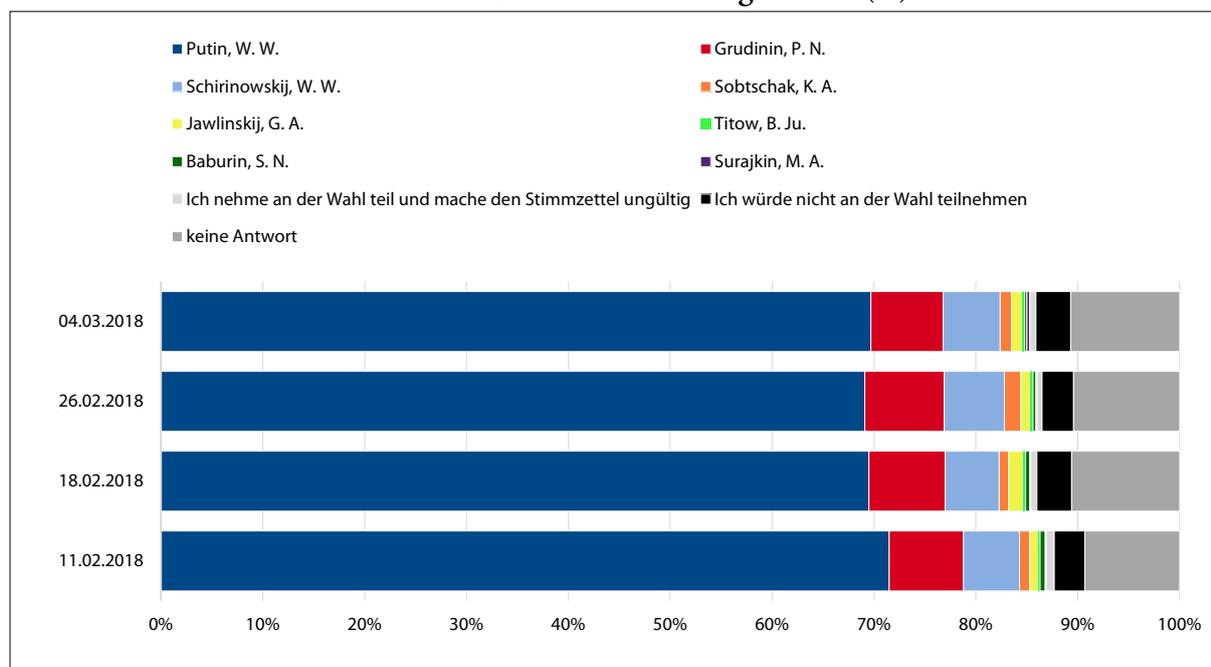
Voraussichtliche Wahlbeteiligung und Sonntagsfrage

Grafik 7: Werden Sie an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen, die im März 2018 stattfinden werden, oder nicht? (% aller Antworten; letzte Umfrage 2. – 4. März 2018)



Quelle: »WZIOM-Sputnik«, gesamtrossische, zufällig gestreute Telefonumfrage unter 1800 und 3000 Befragten, WZIOM März 2018, <https://wciom.ru/news/ratings/vybory_2018/>

Grafik 8: Wenn die Präsidentschaftswahlen am nächsten Sonntag wären und der Stimmzettel würde so aussehen wie der vorliegende, für welchen Kandidaten würden Sie dann eher stimmen? Sie haben nur eine Antwortmöglichkeit. (%)



Quelle: »WZIOM-Sputnik«, gesamtrussische, zufällig gestreute Telefonumfrage unter 1800 und 3000 Befragten, WZIOM März 2018, <https://wciom.ru/news/ratings/vybory_2018/>

Tabelle 4: Wenn die Präsidentschaftswahlen am nächsten Sonntag wären und der Stimmzettel würde so aussehen wie der vorliegende, für welchen Kandidaten würden Sie dann eher stimmen? Sie haben nur eine Antwortmöglichkeit. (%)

	11.02.2018	18.02.2018	26.02.2018	04.03.2018
Putin, W. W.	71,5	69,5	69,1	69,7
Grudinin, P. N.	7,3	7,5	7,8	7,1
Schirinowskij, W. W.	5,5	5,3	5,9	5,6
Sobtschak, K. A.	1,0	0,9	1,6	1,1
Jawlinskij, G. A.	0,8	1,4	0,9	1,0
Titow, B. Ju.	0,2	0,3	0,3	0,3
Baburin, S. N.	0,5	0,4	0,3	0,2
Surajkin, M. A.	0,1	0,1	0,1	0,3
Ich nehme an der Wahl teil und mache den Stimmzettel ungültig	0,8	0,6	0,5	0,6
Ich würde nicht an der Wahl teilnehmen	3,0	3,4	3,1	3,4
keine Antwort	9,3	10,6	10,4	10,7

Quelle: »WZIOM-Sputnik«, gesamtrussische, zufällig gestreute Telefonumfrage unter 1800 und 3000 Befragten, WZIOM März 2018, <https://wciom.ru/news/ratings/vybory_2018/>

RANKING

Russen auf der Forbesliste 2018

Tabelle 5: Russen auf der Forbesliste 2018

Rang auf der Forbesliste 2018	Name (englische Schreibweise)	Vermögen (Mrd. US\$)	Alter	Branche (englische Bezeichnung)
57	Lisin, Vladimir	19,1	61	steel, transport
60	Mordashov, Alexey	18,7	52	steel, investments
64	Mikhelson, Leonid	18,0	62	gas, chemicals
78	Alekperov, Vagit	16,4	67	oil
82	Timchenko, Gennady	16,0	65	oil, gas
83	Potanin, Vladimir	15,9	57	metals
88	Melnichenko, Andrey	15,5	45	coal, fertilizers
93	Fridman, Mikhail	15,1	53	oil, banking, telecom
99	Vekselberg, Viktor	14,4	60	metals, energy
118	Usmanov, Alisher	12,5	64	steel, telecom, investments
140	Abramovich, Roman	10,8	51	steel, investments
152	Khan, German	9,8	56	oil, banking, telecom
158	Prokhorov, Mikhail	9,6	52	investments
164	Rashnikov, Viktor	9,3	69	steel
205	Kuzmichev, Alexei	7,6	55	oil, banking, telecom
211	Makhmudov, Iskander	7,3	54	mining, metals, machinery
237	Fedun, Leonid	6,9	61	oil
242	Rybolovlev, Dmitry	6,8	51	fertilizer
248	Deripaska, Oleg	6,7	50	aluminum, utilities
265	Kerimov, Suleiman	6,4	51	investments
372	Abramov, Alexander	5,2	59	steel, mining
382	Aven, Pyotr	5,1	62	oil, banking, telecom
404	Skoch, Andrei	4,9	52	steel
422	Gutseriev, Mikhail	4,8	59	oil, real estate
422	Kozitsyn, Andrei	4,8	57	metals
466	Gurieiev, Andrei	4,5	57	fertilizers
466	Popov, Sergei	4,5	46	banking
550	Galitsky, Sergei	4,0	50	retail
606	Kantor, Viatcheslav	3,7	64	fertilizer, real estate
606	Karapetyan, Samvel	3,7	52	real estate
606	Milner, Yuri	3,7	56	tech investments
652	Kamenshchik, Dmitry	3,5	49	airport
679	Altushkin, Igor	3,4	47	metals
679	Ponomarenko, Alexander	3,4	53	real estate, airport
679	Skorobogatko, Alexander	3,4	50	real estate, airport

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 5: Russen auf der Forbesliste 2018 (Fortsetzung)

Rang auf der Forbesliste 2018	Name (englische Schreibweise)	Vermögen (Mrd. US\$)	Alter	Branche (englische Bezeichnung)
703	Iliev, Zarakh	3,3	51	real estate
703	Nisanov, God	3,3	45	real estate
703	Svetakov, Alexander	3,3	50	real estate
791	Rotenberg, Arkady	3,0	66	construction, pipes, banking
1.020	Kesaev, Igor	2,4	51	tobacco distribution, retail
1.020	Mamut, Alexander	2,4	58	investments
1.103	Frolov, Alexander	2,2	53	mining, steel
1.103	Tinkov, Oleg	2,2	50	banking
1.157	Buinov, Nikolai	2,1	50	oil, gas
1.157	Makarov, Igor	2,1	55	investments
1.157	Repik, Alexey	2,1	38	pharmaceuticals
1.215	Bokarev, Andrei	2,0	51	metals, mining
1.215	Moshkovich, Vadim	2,0	50	agriculture, land
1.215	Yevtushenkov, Vladimir	2,0	69	telecom, investments
1.284	Nesis, Alexander	1,9	55	metals, banking, fertilizers
1.284	Rahimkulov, Megdet	1,9	72	investments
1.339	Agalarov, Aras	1,8	62	real estate
1.339	Bogdanov, Vladimir	1,8	66	oil
1.394	Avdeev, Roman	1,7	50	banking, development
1.394	Durov, Pavel	1,7	33	messaging app
1.394	Gordeev, Sergei	1,7	45	real estate
1.394	Strukov, Konstantin	1,7	59	gold, coal mining
1.394	Trotsenko, Roman	1,7	47	transport, engineering, real estate
1.477	Dzhaparidze, Alexander	1,6	62	oil services
1.477	Pumpyansky, Dmitry	1,6	53	steel pipes
1.561	Boyko, Oleg	1,5	53	diversified
1.561	Klyachin, Alexander	1,5	50	real estate
1.561	Sheffer, Yuri	1,5	50	alcohol
1.561	Volozh, Arkady	1,5	54	search engine
1.650	Akhmedov, Farkhad	1,4	62	investments
1.650	Anisimov, Vasily	1,4	66	real estate
1.650	Kaspersky, Eugene	1,4	52	software
1.650	Kharitonin, Viktor	1,4	45	pharmaceuticals
1.650	Kondrashev, Pyotr	1,4	68	investments
1.650	Kovalchuk, Yuri	1,4	66	banking, insurance, media
1.650	Lomakin, Anatoly	1,4	65	investments
1.650	Shamalov, Kirill	1,4	35	petrochemicals

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 5: Russen auf der Forbesliste 2018 (Fortsetzung)

Rang auf der Forbesliste 2018	Name (englische Schreibweise)	Vermögen (Mrd. US\$)	Alter	Branche (englische Bezeichnung)
1.650	Yushvaev, Gavril	1,4	60	precious metals, real estate
1.756	Boguslavsky, Leonid	1,3	66	venture capital
1.756	Kosogov, Andrei	1,3	56	oil, banking, telecom
1.867	Baturina, Elena	1,2	54	investments, real estate
1.867	Fetisov, Gleb	1,2	51	investments
1.867	Kolesnikov, Sergei	1,2	46	building materials
1.867	Magomedov, Ziyavudin	1,2	49	port, gas
1.867	Molchanov, Andrei	1,2	46	construction materials
1.867	Rotenberg, Boris	1,2	61	construction, pipes, chemicals
1.867	Rybakov, Igor	1,2	45	building materials
1.867	Shaimiev, Airat	1,2	56	refinery, chemicals
1.867	Shaimiev, Radik	1,2	53	refinery, chemicals
1.867	Shelkov, Mikhail	1,2	49	titanium
1.867	Simanovsky, Leonid	1,2	68	investments
1.867	Yakunin, Vadim	1,2	55	pharmacy
1.999	Filatov, Andrei	1,1	46	ports, railway transport
1.999	Kogan, Vladimir	1,1	54	banking
1.999	Mishin, Nikita	1,1	46	ports, railway transport
1.999	Nikolaev, Konstantin	1,1	47	ports, railway transport
1.999	Rappoport, Andrei	1,1	54	investments
1.999	Rotenberg, Igor	1,1	44	construction, real estate
1.999	Shigaboutdinov, Albert	1,1	65	refinery, chemicals
1.999	Sulteev, Rustem	1,1	64	refinery, chemicals
2.124	Chukhlebov, Eduard	1,0	54	metallurgy
2.124	Galchev, Filaret	1,0	54	construction materials
2.124	Gushchin, Yuri	1,0	73	candy, real estate
2.124	Kudryashkin, Igor	1,0	56	metallurgy
2.124	Kvetnoi, Lev	1,0	52	cement
2.124	Petrov, Sergei	1,0	63	auto import and dealerships

Quelle: <<https://www.forbes.com/billionaires/list/#version:static>>, 7. März 2018

Bestechlich ist nicht gleich bestechlich in Russland

Oleg Kaschin (Republic)

Der folgende Beitrag des russischen Journalisten Oleg Kaschin erschien ursprünglich am 09.02.2018 in der Onlinezeitung Republic und wurde von dekodeer ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeer

Kaum bekleidet und teilweise in Latex mit SM-Anmutung, drangen im vergangenen Jahr selbsternannte »Sex-Jägerinnen« ins Moskauer Wahlkampfbüro des Oppositionellen Alexej Nawalnyj ein. Eine lächerliche Geschichte, begleitet vom Sender »Life«, die man normalerweise gar nicht erwähnen würde. Doch über sie wurde Nawalnyjs Team vom Fond für Korruptionsbekämpfung (FBK) auf Nastja Rybka aufmerksam, die an der Aktion beteiligt war. Auf Rybkas Instagram-Kanal erregten einige öffentlich einsehbare Fotos und Videos die Aufmerksamkeit der FBK-Mitarbeiter: Diese zeigen das Escort-Girl zusammen mit dem Oligarchen Oleg Deripaska auf dessen Yacht – in einem Video ist neben Deripaska auch der russische Vize-Premier Sergej Prichodko zu sehen, der laut Nawalnyj »wenig bekannt, aber sehr einflussreich ist«.

Am 8. Februar 2018 veröffentlichte Nawalnyj schließlich ein Enthüllungs-Video, das inzwischen mehr als 5 Millionen Aufrufe verzeichnet. Darin stellt Nawalnyj das auf dem Instagram-Kanal dokumentierte Treffen als ein fehlendes Puzzelstück im Rätselraten um russische Einflussnahme auf den US-amerikanischen Wahlkampf dar: Trumps Ex-Berater Paul Manafort und Deripaska waren geschäftlich verbunden. Im Instagram-Video von Nastja Rybka, die ursprünglich aus Belarus stammt, ist dabei auch eine Audiopassage, in der man jemanden sagen hört: »Wir haben schlechte Beziehungen zu Amerika. Warum? Dafür ist die Freundin von Sergej Eduardowitsch verantwortlich, Nuland heißt sie.« Nawalnyj ordnet die Stimme Deripaska zu, Sergej Eduardowitsch sind Vor- und Vatersname von Vize-Premier Prichodko, Victoria Nuland war unter Obama im US-Außenministerium zuständig für Europa und Eurasien.

Laut FBK-Recherchen fand das Treffen von Prichodko und Deripaska im August 2016 statt. Wie Nawalnyj ausführt, ist dies auch deswegen bemerkenswert, weil laut US-amerikanischen Medienberichten Trumps Ex-Berater Paul Manafort dem Oligarchen im Vormonat private Briefings zum Wahlkampf angeboten hatte. Prichodko ist demnach das fehlende Verbindungsstück von Deripaska zu Putin.

Nicht mal zwei Tage nach der Veröffentlichung verbot ein Gericht in Ust-Labinsk, der Geburtsstadt Deripaskas im Süden Russlands, Nawalnyjs Film. Kurz darauf nahm die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor das Video und den Blogeintrag ins Register verbotener Internetseiten auf.

Bei so viel Aufsehen und Lärm um einen Film hat sich Oleg Kaschin auf Republic Gedanken über unterschiedliche Wahrnehmungsmuster gemacht – und stellt viele beunruhigende Fragen.

Polit-Thriller à la russe

Nawalnyjs Recherchen über Sergej Prichodko auf der Yacht von Oleg Deripaska – das ist ein absolut westlicher Plot, europäisch oder amerikanisch. Da braucht es ein Happy-End: Der Staatsbeamte muss zurücktreten, der Milliardär meldet Konkurs an, der Oppositionelle kommt an die Macht. Das Russland von heute unterscheidet sich allerdings sehr vom Westen, wie man ihn aus dem Kino kennt.

Will man den Plot vom Staatsbeamten und dem Milliardär für unsere Lebenswirklichkeit adaptieren, dann müsste er ganz anders ablaufen. Bestechung heißt in unserer Tradition, dass man einem Amtsträger Geld bar in die Hand drückt; dann tauchen von irgendwoher Fahnder auf und durchleuchten das Geld und die Hand mit UV-Lampen. Das ist Bestechung, aber wenn jemand jemanden auf eine Yacht einlädt – für sowas wird man bei uns nicht verklagt.

Wessen Ruf kratzt das an?

Die Amoral im vorliegenden Plot ist auch keine wirkliche Amoral. Nun ja, ein Escort-Girl. Aber wessen Ruf kratzt das an? Die russische Vorstellung von Reichtum beinhaltet, dass ein reicher Mensch von allem viel hat, auch Frauen, er kann's sich halt leisten. Bei staatlichen Amtsträgern ist das formal schwieriger, aber nur formal. Über praktisch jeden mehr oder weniger bekannten Staatsdiener weiß man, dass für sein Privatleben gilt, was in den sozialen Netzwerken als »es ist kompliziert« bezeichnet wird: Es gibt eine vor langer Zeit verlassene Ehefrau, außerdem irgendein Mädchen, mit dem er überall hingehht, ohne es auch nur ein bisschen peinlich zu finden, und dann ist da noch, bildlich gesprochen, die Komitee-eigene Banja, die sie alle von Zeit zu Zeit besuchen, ebenfalls ohne es peinlich zu finden.

Das heißt: Wenn man den Plot für die russische Lebenswirklichkeit adaptiert, dann müsste man ihn

dahingehend ändern, dass der Milliardär den Staatsbeamten nicht mit einem Ausflug auf einer Yacht besticht (wie das überhaupt klingt! Mit einem Ausflug bestochen! Mit frischer Luft bestochen!), sondern mit Bargeld, außerdem muss der Moment der Übergabe per Video gefilmt und das Geld mit Spezialfarbe behandelt worden sein.

Auch der Sex-Strang des Plots muss außerhalb etablierter Normen angesiedelt sein. Ideal wäre, wenn der Staatsbeamte gleich mit dem Milliardär schläft – Homosexualität ist bei uns zwar nicht ausgerottet, aber dennoch nicht gern gesehen – und wenn es schon nicht miteinander geht, dann muss man auf die Yacht irgendwelche Jünglinge einladen, am besten minderjährige. Dann kann man von einem Skandal sprechen.

Alle möglichen Zufälle

Nawalnyj zu verdächtigen, für den Kreml, den FSB oder für Putin persönlich zu arbeiten – das ist mies. Wenn eine statistisch signifikante Zahl von Bürgern an Zufall und Unvoreingenommenheit der Ermittlungen glaubt, wird es ganz von selbst eine Tatsache, und Verschwörungstheorie bleibt Verschwörungstheorie. Im russischen Plot gibt es keine Verschwörungstheorien, hier kann es generell alle möglichen Zufälle geben, denn der Glaube an den Zufall ist eine konstituierende Eigenschaft der Gesellschaft, die man keinesfalls ignorieren darf.

Sollen sich doch die paranoiden Zeitgenossen den Kopf zerbrechen, wer hier wen beauftragt hat. Prichodko Deripaska, Deripaska Prichodko oder Setschin alle beide. Wenn die Menschen glauben, dass niemand niemanden beauftragt hat, dann ist das auch so – in solchen Fällen ist der Glaube wichtiger als der Verdacht.

Eine echte Weltsensation

Wichtig ist auch, dass für einen Teil des Publikums ein westlicher Plot gar nicht adaptiert werden muss, weil es ein westliches Publikum ist und ihm all die Plot-Linien mit Staatsbeamten, Milliardären und Oppositionellen durchaus vertraut sind. Für dieses Publikum ist die Verbindung von Deripaska mit Prichodko das fehlende Glied in der Kette zwischen Donald Trump und Wladi-

mir Putin (Paul Manafort, der Chef von Trumps Wahlkampfteam, hat für Deripaska gearbeitet, und ohne die Yacht war die Kette genau bei Deripaska abgerissen) – und das ist eine echte Weltsensation, die übrigens auch Moskau neue Möglichkeiten eröffnet, die Einmischung in den amerikanischen Wahlkampf zu rechtfertigen. Bei Bedarf kann man alles auf Prichodko abwälzen und ihn in Rente schicken und so zur Entspannung der internationalen Missstimmungen beitragen. Obwohl letzteres eher in der Phantastik anzusiedeln ist.

Das Verhalten des Escort-Girls, die auf der Yacht ein Video für Instagram gedreht hat, ist das unverständlichste an allem. Ihre öffentlichen Aktivitäten begannen ein halbes Jahr, bevor Nawalnyj sich für sie zu interessieren begann. Wer hat dem Mädchen ihre Sicherheit garantiert? Warum wurde ihr nicht gleich am Anfang ihrer Medienaktivität Einhalt geboten? Warum ist sie ins Wahlkampfbüro von Nawalnyj eingedrungen? Wenn sie die Situation in ihren Videobotschaften ins Absurde treibt, möchte sie Nawalnyj dann in die Hände spielen oder sein Drehbuch kaputtmachen?

Der Plot gerät aus den Fugen

Antworten darauf gibt es nicht, und dass sie fehlen, das ist eine entscheidende Tatsache, durch die der ganze Plot fast aus den Fugen gerät, völlig unabhängig davon, ob er für die russische Lebenswirklichkeit adaptiert ist oder nicht.

In ihrem Video lädt das Mädchen alle Protagonisten der Geschichte zu Pust gorjat (dt. »Lasst sie reden«) ein – einer apolitischen Show, die sich sämtlichen Boulevardthemen widmet. Das klingt unheilvoll, denn weder aktive Oligarchen und erst recht keine amtierenden Vize-Premiers nehmen an solchen Sendungen teil.

Um sie dahin zu bringen, müsste man sie ihrer derzeitigen Macht und ihres derzeitigen Status entledigen. Eine derartige Einladung klingt wie eine Drohung für die beiden, aber wer droht ihnen da? Das Mädchen wohl kaum und auch nicht Nawalnyj. Wieder diese verfluchte Unsicherheit.

*Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt)
vom dekoder-Team*

Über den Autor

Oleg Kaschin ist Journalist und politischer Kommentator. Er schreibt unter anderem für das Onlinemagazin Republic (vormals Slon) und moderiert eine Interviewsendung im Internetfernsehsender Doschd.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <<https://republic.ru/posts/89152>>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <<http://www.dekoder.org/de/article/nawalny-deripaska-rybka-manafort>>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Republic und Oleg Kaschin für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

dekóder

[RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

NOTIZEN AUS MOSKAU

Pawel Grudinin – ein gar nicht so kommunistischer Kandidat

Jens Siegert

Noch zu Beginn des Sommers vorigen Jahres schien die Präsidentenwahl in furchtbarer Langeweile zu versinken. Alexej Nawalnyj, soviel war schon klar, würde vom Kreml nicht zu den Wahlen zugelassen werden. Andere Kandidaten und Kandidatinnen, die das Rennen gegen Wladimir Putin auch nur ein ganz klein wenig spannend machen könnten, waren nicht in Sicht. Vielmehr drohten die immer gleichen Zählgegenkandidaten im Rentenalter, wie der Kommunist Gennadij Sugjanow, der Nationalistenclown Wladimir Schirinowskij und auch der Liberale Grigorij Jawlinskij. Sie alle waren schon bei den ersten Präsidentenwahlen im neuen Russland 1996 angetreten.

Viele Beobachter der politischen Szene in Russland machten sich daher eher Gedanken darüber, wie der Kreml unter diesen Bedingungen sein kolportiertes Ziel würde erreichen können: Putins Wiederwahl mit einer Zustimmung von mindestens 70 Prozent bei einer mindestens ebenso großen Wahlbeteiligung zu erreichen, ohne allzu große und allzu auffällige Wahlmanipulationen. Insbesondere ausreichend viele Menschen überhaupt an die Wahlurne zu bringen, schien angesichts der allgemeinen Langeweile kaum zu schaffen zu sein, wie auch Umfragen des »Lewada-Zentrums« zeigten.

Doch dann kam unerwartete Bewegung ins Kandidatenkarussell. Erst erklärte die liberale Fernsehjournalistin Ksenija Sobtschak ihre Kandidatur und kurze Zeit später nominierten die Kommunisten (genauer, die Kommunistische Partei der Russischen Föderation, KPRF) den einer größeren Öffentlichkeit bis dahin kaum aufgefallenen Pawel Grudinin anstelle des altvor-

deren Parteivorsitzenden Sjuganow zu ihrem Kandidaten. Über Ksenija Sobtschak habe ich in diesen Notizen bereits ausführlich geschrieben (<http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen343.pdf>). Hier nun ein paar Gedanken zu Pawel Grudinin.

Auf den ersten Blick ist Nicht-Parteimitglied Grudinin keine natürliche Wahl für die KPRF nach dem Verzicht von Parteichef Sjuganow. Es hätte, gemessen an Popularität und Parteihierarchie, andere Kandidaten gegeben. Aber keiner dieser anderen möglichen Kandidaten überzeugt rundum. Die beiden Sjuganow-Stellvertreter Jurij Afonin und Dmitrij Nowikow mögen gute Parteiarbeiter sein, sind aber außerhalb der KPRF wenig aufgefallen. Etwas bekannter sind die beiden einzigen Kommunisten, die als Gouverneure einer Region vorstehen (Sergej Lewtschenko in Irkutsk und Anatolij Lokotja in Nowosibirsk), aber auch sie sind kaum mehr als sibirische Provinzbekanntheiten

Pawel Grudinin hingegen ist seit einigen Jahren schon ein kleiner Youtube-Star. Darin gleicht er ein wenig Alexej Nawalnyj. Er hat sich einen Namen gegen das Establishment gemacht, vielleicht wäre es korrekter zu sagen: am Establishment vorbei. In seinen Internetauftritten, deren populärste bis zu 800.000 Mal angeschaut wurden, zeigt sich Grudinin als talentierter Populist. Er kritisiert dort nicht nur die Regierungspolitik (das tun viele), er geht auch Wladimir Putin direkt an (was weit weniger wagen). Vor allem zeigte er sich bis vor Kurzem einigermaßen unbeeindruckt von der nationalpatriotischen Welle nach der Krimannexion, in der mitunter der Eindruck entstanden sein konnte, Putin

sei auch der Parteiführer der Kommunisten. Eine recht typische Aussage lautet: »Ich war in Schweden und sie sagen dort, warum sind wir ein erfolgreiches Land geworden? Wir haben unsere imperialen Ambitionen aufgegeben, uns auf uns selbst konzentriert, haben die Produktion, das Land entwickelt [...]. Jeder Schuss kostet Geld. Jeder Flug kostet Geld. Wir helfen nun Griechenland. Dort bekommen die Menschen 500 Euro Rente. Und unsere Rentenkasse?« Das klingt ein bisschen nach Antiglobalismus und der vorsichtige Hinweis auf die horrenden Militärausgaben der vergangenen Jahre ist außerhalb des liberalen Lagers unerhört.

Alexej Nawalnyjs Erfolg auf Youtube fußt vor allem auf seinen Anti-Korruptionsrecherchen (woher auch immer er diese Informationen hat). Sein Zielpublikum sind vor allem die mit Putin nicht zufriedenen 15 Prozent der Bevölkerung. Nawalnyj ist und bleibt aber für große Bevölkerungsschichten trotzdem ein Teil des Moskauer Establishments. Pawel Grudinin hat sich ein anderes Image zugelegt, das einerseits recht gut mit dem Weltbild der Anhänger der KPRF, aber auch anderen sowjetisch-traditionellen Vorstellungen korrespondiert, andererseits aber auch liberale Anliegen aufnimmt. Er gibt sich als der einfache Mann aus dem Volk, der es nach oben geschafft hat. Sein Karriereweg wirkt mitunter fast schon kitschig, ist aber wohl eben deshalb erfolgreich.

Grudinin ist Direktor einer ehemaligen sowjetischen Vorzeige-Sowchose im Moskauer Umland, die bis heute den Namen Lenins trägt. Er ist in diesem Landwirtschaftsbetrieb bis ganz oben aufgestiegen. Er hat ihn durchgreifend modernisiert und zu einem erfolgreichen Agrarunternehmen gemacht. Dabei hat er, auch hier ganz traditionell, auf enge Verbindungen zur Politik vor allem auf der regionalen Ebene gesetzt. Grudinin vergisst, das war bei seiner Nominierung durch die Kommunisten wichtig, auch nicht die soziale Seite und rühmt sich, seinen Mitarbeitern mehr Lohn zu bezahlen und mehr soziale Leistungen zu gewähren als anderswo üblich. In der Sowchose hat er eine Schule aufgebaut. So positioniert sich Grudinin durchaus erfolgreich als etwas, das es eigentlich im russischen Selbstverständnis nicht gibt: als erfolgreicher Unternehmer und als »roter« Direktor zugleich. Er vermied eine zu enge Anbindung an Putins neuen Nationalismus, bediente mit Äußerungen gegen Migranten aus Zentralasien aber durchaus fremdenfeindliche Muster des KPRF-Elektorats.

Bis zu einem gewissen Punkt gelang es ihm so, den Ruch eines ewig gestrigen, ein wenig verstaubten Kommunistensekretärs zu vermeiden. Seine Youtube-Auftritte, in denen er in recht moderner Sprache die Regierungspolitik als antisozial und wirtschaftlich unmodern zugleich kritisiert, werden in den sozialen Netzwerken

von Anhängern liberaler Politikkonzepte genauso geteilt wie von eher traditionell Denkenden.

Aus zwei Richtungen scheint inzwischen aber Gegenwind zu kommen. Dem KPRF-Establishment um Parteichef Sjuganow wird Grudinin offenbar zu selbstständig. Je näher der Wahltag kommt, umso öfter wird Grudinin von der Parteiführung ins alte Prokrustesbett eines Neostalinismus zurückgedrängt. Übrig bleibt dabei vor allem Nostalgie über die sogenannte *Zeit des Stillstands* unter dem späten Breschnew. Alles Moderne wirkt zunehmend wie vorgespielt. Genau dafür braucht es Grudinin aber nicht. Das kann Putin perfekt.

Zum anderen (und dazu im Widerspruch) gibt es immer wieder Gerüchte, der frische, moderne Grudinin übererfülle aus Sicht der Kremladministration die in ihn gesetzten Erwartungen, einen Teil des nach Nawalnyjs Nichtzulassung verwaisten Wählerpotentials an sich binden zu können (und so eine hohe Wahlbeteiligung zu garantieren). Seine Umfragewerte sollen inzwischen erheblich über den traditionellen 12–15 Prozent der KPRF liegen, mit denen der Kreml zu leben bereit wäre. Zu überprüfen ist das kaum, vor allem weil es dem einzigen unabhängigen Umfrageinstitut Lewada-Zentrum bei Strafandrohung (also Schließung) untersagt ist, bis zu den Wahlen Umfrageergebnisse zu veröffentlichen. Andere Gerüchte sagen, Grudinins Kandidatur sei von Anfang an nicht mit dem Kreml abgestimmt und man habe sie dort eher zähneknirschend akzeptiert.

Wie dem auch sei, tauchten zwei Wochen vor den Wahlen erneut Berichte über angeblich Grudinin gehörende und nicht der Zentralen Wahlkommission angegebene Schweizer Auslandskonten auf. Die Zentrale Wahlkommission oder Gegenkandidaten können, sollten diese Berichte stimmen, vor dem Obersten Gericht gegen Grudinins Kandidatur klagen. Schon Anfang Januar, im Rahmen des Registrierungsprozesses als Kandidat, waren drei solcher Auslandskonten aufgetaucht, die Grudinin inzwischen aber aufgelöst haben will. Manche Beobachter vermuten den Kreml hinter diesen Berichten, um Grudinin noch vor den Wahlen zu stoppen oder zumindest auszubremsen. Andere zeigen auf die KPRF-Führung. Wieder andere sehen darin im Gegenteil einen Versuch der Opposition, die Wahlbeteiligung zu torpedieren.

Tatsächlich scheint es für den Kreml so oder so wenig Sinn zu haben, Grudinin jetzt noch aus dem Rennen zu nehmen. Denn erstens könnte er sich damit (und durchaus mit einigem Recht) als tatsächlich unabhängiger Kandidat präsentieren, seine Popularität also eher noch erhöhen, und ein Wahlzettel ohne den Kandidaten Grudinin dürfte tatsächlich zumindest ein paar Prozente Wahlbeteiligung kosten.

Da in Russland aber kaum jemand ohne doppelten Boden Politik macht, ist auch folgende Überlegung nicht ganz unsinnig: Grudin in hat aus diesen Wahlen schon alles herausgeholt, was möglich ist. Er ist von einem Provinzpolitiker zu einer Bekanntheit auf Landesebene geworden. Wenn er weiter macht, kann er eigentlich nur noch verlieren. Viel mehr als die schon erwähnten traditionellen KPRF-Prozente wird er kaum bekommen (dafür dürfte der Kreml sorgen). Seine Stellung in der KPRF ist weiter nicht besonders stark. Beim liberalen Teil der Wähler dürfte er sein Image als letztendlich doch Systempolitiker in diesem Fall kaum loswerden. Würde er aber von der Wahlkommission und/oder vom Obersten Gericht gestoppt, käme das einem gewissen Gütesiegel gleich – und zwar bei den Kommunisten wie den

Liberalen. Schon länger werden ihm Ambitionen auf den Gouverneursposten im Moskauer Umland nachgesagt. Seine jetzt gewonnene Popularität ist ein gutes Verhandlungspfand auch gegenüber dem Kreml. Und dann gehört Grudin in (wie Nawalnyj, wenn auch nicht mehr ganz so jung) zu einer neuen Generation von Politikern, zu denjenigen, die nach Putin an der Macht sein werden. Es kann für ihn nicht unklug sein, nun, mit der Zukunft im Blick, zurück zu ziehen. Nawalnyj macht es ihm schon eine ganze Weile vor, aus Teilsiegen und (angeblichen) Niederlagen gestärkt wiederzukommen.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

12. Februar – 1. März 2018

12.02.2018	Der Leiter des russischen Katastrophenschutzministeriums, Wladimir Putschkow, bestätigt den Tod aller Insassen der am Sonntag nahe Moskau abgestürzten Passagiermaschine. An Bord hatten sich 71 Personen befunden.
13.02.2018	Das Internetportal »YouTube« fordert den Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj auf Anweisung des russischen Föderalen Dienstes für die Aufsicht im Bereich des Fernsprechwesens, der Informationstechnologie und der Massenkommunikation auf, das am 8. Februar auf dessen Kanal veröffentlichte Video mit Informationen über ein geheimes Treffen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Sergej Prichodko mit dem Oligarchen Oleg Deripaska zu löschen.
14.02.2018	Die Zeitung »Wedomosti« berichtet, dass am 7. Februar fünf russische Staatsbürger bei Gefechten im syrischen Deir es-Zor ums Leben gekommen seien. Sie seien keine Militärangehörige, sondern gehörten einer privaten russischen Sicherheits- und Militärfirma, der »TschWK Wagner«, an. »Wedomosti« beruft sich auf die iranische Nachrichtenagentur »Fars«. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, bestätigt diese Informationen nicht.
14.02.2018	Der russische Föderale Dienst für die Aufsicht im Bereich des Fernsprechwesens, der Informationstechnologie und der Massenkommunikation lässt den Blog des Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj sperren. Nawalnyj hatte sich geweigert, die am 8. Februar auf seinem Blog veröffentlichten Informationen zu löschen. Er reichte gegen den Beschluss Beschwerde beim Moskauer Taganskij-Bezirksgericht ein.
15.02.2018	Ernest Mesak, Mitglied der Menschenrechtsorganisation »Memorial«, reicht Klage beim städtischen Gericht in Syktywkar ein. Er will damit durchsetzen, dass der Ende Januar aus dem Verleih genommene Film »The Death of Stalin« in russischen Kinos gezeigt werden darf. Seiner Meinung nach handelt es sich bei dem Verbot um einen Akt der Zensur.
15.02.2018	Marija Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, bestätigt die Meldungen über den Tod von fünf russischen Staatsbürgern im Zusammenhang mit den Gefechten zwischen Truppen unter amerikanischer Führung und Anhängern Präsident Assads im syrischen Deir ez-Zor in der Nacht vom 7. auf den 8. Februar. Sacharowa betont jedoch, dass es sich dabei nicht um russische Militärangehörige gehandelt habe. Andere Quellen wie die Nachrichtenagentur »Bloomberg« berichten von 200 russischen Toten, die bei dem Luftangriff der US-Streitkräfte ums Leben gekommen sein sollen.
15.02.2018	Die vorläufige Auswertung des Flugdatenschreibers der am 11. Februar nahe Moskau abgestürzten Passagiermaschine der »Saratow-Airlines« bestätigt die bisherigen Vermutungen, dass die Ursache für den Unfall eine Vereisung der für die Geschwindigkeitsmessung zuständigen Sonden gewesen sei.
16.02.2018	Der US-amerikanischer Sonderermittler Robert Mueller erhebt Anklage gegen 13 russische Staatsbürger und drei Einrichtungen. Sie sollen im Jahr 2016 versucht haben, Einfluss auf den Ausgang der US-Präsidentschaftswahlen zu nehmen. Sämtliche Personen seien Mitarbeiter der Agentur »Glawset« in St. Petersburg, die mutmaßlich zur Medienholding des Putin-Vertrauten Jewgenij Prigoshin gehört und angeblich auch die größte sogenannte »Trollfabrik« Russlands beherbergen soll.
17.02.2018	Der Gründer und Inhaber des Messenger-Dienstes »Telegram« gibt bekannt, dass einer der neuen Investoren für die geplante Kryptowährung des Unternehmens der russische Oligarch Roman Abramowitsch ist. Abramowitsch werde sich laut der Zeitung »Wedomosti« mit etwa 300 Millionen US-Dollar an »Telegram« beteiligen. Er besitzt bereits Anteile am staatlichen Fernsehkanal »Perwyj kanal« (»Erster Kanal«).
18.02.2018	In Kisljar (Dagestan) erschießt ein Mann im Anschluss an einen Gottesdienst fünf Frauen und verletzt drei weitere Menschen. Der mutmaßliche Täter wird von der Polizei erschossen. Das Motiv bleibt zunächst unklar.

19.02.2018	Dem russischen Curler Alexander Kruschelnizkij und seiner Frau Anastasia Brysgalowa, die bei den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang im Mixed-Wettbewerb antraten, wurde in der A-Probe die Einnahme verbotener Substanzen nachgewiesen. Ein Verfahren vor dem Internationalen Sportgerichtshof ist eingeleitet.
19.02.2018	Die russischen Zollbehörden melden, dass erstmals seit Beginn der westlichen Sanktionen im Jahr 2014 die Importe landwirtschaftlicher Produkte nach Russland im Jahr 2017 wieder angestiegen sind. Dem Zoll zufolge wurden 21,5 Tonnen Waren im Wert von 28,8 Milliarden US-Dollar eingeführt.
20.02.2018	Durch die positive B-Probe des russischen Curlers Alexander Kruschelnizkij ist die Einnahme der verbotenen Substanz Meldonium nachgewiesen. Das Nationale Olympische Komitee Russlands leitet eine Untersuchung ein.
21.02.2018	Das Taganskij-Bezirksgericht in Moskau lehnt die Anhörung der Beschwerde des Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj ab. Dieser hatte am 14.02. Beschwerde eingereicht, nachdem der russische Föderale Dienst für die Aufsicht im Bereich des Fernsprechwesens, der Informationstechnologie und der Massenkommunikation seinen Blog gesperrt hatte, da er darauf Informationen über ein geheimes Treffen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Sergej Prichodko mit dem Oligarchen Oleg Deripaska veröffentlicht hatte. Die Zuständigkeit liege beim Bezirksgericht Ust-Labinsk (Region Krasnodar), erklärte Julija Suchinina, Pressesprecherin des Taganskij-Bezirksgerichts.
22.02.2018	Der Internationale Sportgerichtshof erkennt dem russischen Curler Alexander Kruschelnizkij die Bronzemedaille im Mixed Wettbewerb aufgrund der in der A-Probe nachgewiesenen Einnahme der verbotenen Substanz Meldonium ab.
23.02.2018	Der Internationale Sportgerichtshof sowie der russische Bobverband bestätigen die Einnahme verbotener Substanzen durch die Bobfahrerin Nadeshda Sergejewa. Sie wird von der Teilnahme an den Olympischen Winterspielen ausgeschlossen, ihre Platzierung im Zweierbob wird Sergejewa aberkannt.
25.02.2018	Aufgrund weiterer Dopingfälle während der Olympischen Winterspiele in Pyeongchang bleibt die Suspendierung Russlands über die Winterspiele hinaus bestehen, dies gibt das Internationale Olympische Komitee bekannt. Aus diesem Grund dürfen die russischen Athleten auch bei der Abschlussfeier nicht mit ihrer Landesflagge ins Olympiastadion einlaufen.
25.02.2018	In verschiedenen russischen Städten finden Versammlungen zum Gedenken an den 2015 ermordeten Oppositionspolitiker Boris Nemzow statt. An der größten Demonstration in Moskau nehmen nach offiziellen Angaben etwa 4.500 Menschen teil. Der Organisator der Veranstaltung, der Oppositionspolitiker Ilja Jaschin, spricht von etwa 30.000 Teilnehmern.
26.02.2018	Die Rating-Agentur »Standard & Poors« stuft die Kreditwürdigkeit Russlands von »BB+« auf »BBB-« hoch. Damit erhält das Land nach drei Jahren das Gütesiegel »Investment Grade« zurück. Der Leitindex der Moskauer Börse stieg nach dieser Ankündigung um 1,7 Prozent auf ein Rekordhoch von 2.376,96 Punkten.
27.02.2018	Im Rahmen eines Sondereinsatzes zerschlagen russische Sicherheitskräfte einen landesweit operierenden Drogenring. 27 Personen werden festgenommen, 345 Kilogramm synthetischer Drogen beschlagnahmt und vier Drogenlabore aufgelöst. Dies teilt Irina Wolk, Sprecherin des russischen Innenministeriums mit.
28.02.2018	Das Internationale Olympische Komitee hebt die Sperre des russischen Nationalen Olympischen Komitees vollständig auf. Das Internationale Olympische Komitee begründet seine Entscheidung damit, dass es außer der beiden festgestellten Dopingfälle im russischen Team keine weiteren Dopingverstöße während der Olympischen Spiele gegeben habe. Für die aktuell stattfindenden Paralympischen Winterspiele gilt die Aufhebung der Sperre jedoch noch nicht.

01.03.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin hält seine jährliche Rede an die Föderalversammlung und die Nation, in der er sich besonders der Rüstungspolitik des Landes widmet. In seiner fast zweistündigen Ansprache rückt er die neuesten Entwicklungen im Bereich nuklearer Waffen und Raketenabwehrsysteme in den Vordergrund. Daneben kündigt er an, in den kommenden sechs Jahren die Zahl der Menschen, die in Russland unterhalb der Armutsgrenze leben, zu halbieren und die Sterblichkeitsrate senken zu wollen.
01.03.2018	Ein schwedisches Schiedsgericht verurteilt den russischen Energiekonzern »Gasprom« zu einer Zahlung in Höhe von rund 2 Milliarden Euro an den ukrainischen Staatskonzern »Naftogas« (die wechselseitigen Forderungen wurden aufgerechnet). Daraufhin kündigt »Gasprom«-Chef Alexej Miller an, die noch bis 2019 mit »Naftogas« laufenden Verträge aufzulösen. Das Stockholmer Gericht hatte entschieden, dass »Gasprom« weniger Gas geliefert habe als ursprünglich vereinbart, verurteilte »Naftogas« aber auch dazu, 2018 mindestens fünf Milliarden Kubikmeter russisches Gas abzunehmen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Göbel

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/russland/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Heiko Pleines (verantwortlich) und Anastasia Stoll
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Göbel
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>
Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>